1848/49 [I.E. ACHTZEHNHUNDERTACHTUNDVIERZIG] - 1866-1918/19: DES DEUTSCHEN VOLKES WEG ZUR KATASTROPHE UND SEINE RETTUNG

Raimund Friedrich Kaindl



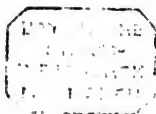


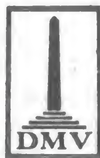
R. F. Kaindl

1848/49 – 1866 – 1918/19

Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophe und seine Rettung







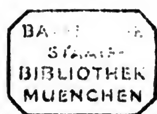
Drei Masken Verlag München



Bücherei für Politik und Geschichte
des Drei Masken Verlages

Kaindl / 1848/49 – 1866 – 1918/19





1848/49 – 1866 – 1918/19

Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophe und seine Rettung

Von

Professor Dr. R. F. Kaindl



1 9 2 0

Drei Masken Verlag München

Druck von E. Haberland in Leipzig



Vorwort

Fast zwei Jahre sind verstrichen, seit wir Großdeutsche vom Anschlußgedanken unsere Rettung erhoffen, aber bisher haben wir nur schmerzliche Enttäuschung erlebt. Dazu zähle ich weniger das Verbot des Vielverbandes, als die leider unter den Deutschen selbst zutage getretenen Mißverständnisse, die Unkenntnis der wahren Ursachen unseres Unglücks und daher auch das Unvermögen und die Unlust, den richtigen Weg in Zukunft zu finden. Nicht einzelne Persönlichkeiten, nicht einzelne Schichten des Volkes, auch nicht Österreich sind am Unglück Deutschlands schuld, sondern die ganze Entwicklung seit 1848/49.

Das Scheitern des großdeutschen Gedankens 1848/49 und 1866 war das Verhängnis des deutschen Volkes. Seither siechten die ausgestoßenen Deutschösterreicher dahin und ihr Staat zerfiel, damit verlor auch Kleindeutschland seinen einzigen natürlichen Bundesgenossen. Zugleich gerieten die Reichsdeutschen durch die Abwendung vom Osten, dem alten Betätigungsgebiet des deutschen Volkes, auf die abschüssige Bahn des industriellen Imperialismus und der ausschließlichen Überseepolitik. Damit war der Weg zur Katastrophe gegeben, die niemand aufhalten konnte.

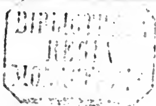
Rückkehr zu den Hochzielen der Großdeutschen von 1848/49 ist der einzige Zukunftsweg.

Was ich hier niederschreibe, war in den Hauptzügen meine Anschauung schon vor dem Kriege. Ich schreibe im Interesse des deutschen Volkes und nehme daher das Recht in Anspruch, meine Meinung frei zu sagen, ohne jedoch jemand nahe treten zu wollen. Ich will aufklären, nicht anklagen. Seit vielen Jahren bin ich eifrig bemüht, die deutschen Volksgenossen einander näher zu bringen, die Kluft von 1866 zu überbrücken. Über alle politischen Grenzen weg sollten wir wieder e i n Volk werden. Diesem Zweck dienten meine zahlreichen Schriften und ebenso mein Anteil an der deutschen Schutzarbeit. Eine Zerschlagung Österreichs billigte ich nicht. Auch

Bismarck war gegen diese Katastrophalpolitik. Sein Hochziel, dem er nach 1866 zustrebte, stand dem alten großdeutschen nahe: ein möglichst inniges Verhältnis des deutschen Reiches zu Österreich, das wieder mit den Völkern von der Ostgrenze Rumäniens bis zur Bucht von Cattaro im Bunde stehen sollte.

Nach dem Zerfall der Donaumonarchie tritt nur insofern eine Änderung ein, daß im Sinne der Großdeutschen von 1848/49 die enge Verbindung der deutschen Teile Österreichs mit dem deutschen Reiche möglich wurde. Im Jahre 1871 schrieb Treitschke: „Bräche dereinst das Unglück der Zerstörung über Österreich herein — und es wäre ein Unglück auch für Deutschland — dann muß unser Reich auch bereit sein, den Stürmen des Geschicks zu trotzen, das Deutschtum an der Donau aus den Trümmern zu erretten." Jetzt ist diese Zeit gekommen. Und da bin ich der Anschauung, die der Deutschböhme Moritz Hartmann schon im Frankfurter Parlament geäußert hat: „Wir Deutschösterreicher sind nicht gekommen als verlorene Söhne, um den Eingang in das Vaterhaus zu betteln. Wir sind hier zu Hause und haben ein Recht, hier zu sein wie alle anderen Deutschen."

Waltendorf bei Graz, im August 1920



I

1848—1866

Wie Großdeutschland zu Grabe getragen wurde

Wer die Ereignisse der letzten Zeit begreifen will, wer die tiefsten Gründe unseres Zusammenbruches erkennen will, der muß unsere Geschichte siebzig Jahre zurückverfolgen. Den Schlüssel zur gegenwärtigen Lage gibt zum guten Teil, was 1848/49 und 1866 geschah. Und daraus müssen wir auch die Lehren für die Zukunft ziehen.

Wie richtig haben unser jetziges Schicksal einsichtige Männer schon vor Jahrzehnten vorausgesagt! Ihre Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Und so kam das Verhängnis.

Bekanntlich gab es[1]), als auf der Nationalversammlung in Frankfurt 1848/49 die Neuordnung Deutschlands beraten wurde, eine großdeutsche Partei, die alle deutschen, einst zum Deutschen Reiche gehörigen Länder vereint wissen wollte; und eine kleindeutsche, die Deutschlands Neugestaltung unter Ausschluß Österreichs, also unter Preußens Führung, vorzunehmen beabsichtigte. Der letztere Weg war freilich der leichtere; ihn hat später Bismarck eingeschlagen. Der erstere war schwieriger, weil es zwei Aufgaben zu lösen gab: erstens die Ansprüche Österreichs und Preußens auf die Führung Deutschlands zu vereinigen, und zweitens die außerdeutschen Länder Österreichs in geeignete Beziehungen zum neuen Gesamtdeutschland zu bringen. Gewiß war diese Aufgabe verwickelt. Doch waren brauchbare Vorschläge vorhanden. Daß man sie nicht gewissenhafter und unvoreingenommener geprüft hat, das

[1]) W. Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament (Berlin 1913). Aus dieser Darstellung bekommt man ein ganz anderes Bild von den großdeutschen Abgeordneten in Frankfurt. Sie sind durchaus nicht die Phantasten, für die sie die kleindeutsche Geschichtsschreibung gern ausgibt.

ist die Quelle unseres Unglücks, vor allem des Unglückes Deutschösterreichs, aber auch verhängnisvoll für das ganze deutsche Volk!

Man ist infolge der Darstellung der preußischen Geschichtsschreibung[1]) zumeist der Anschauung, daß Österreich allein die Begründung des großdeutschen Bundesstaates verhindert hatte. Das ist durch die neuere Forschung widerlegt. Man weiß, daß leitende preußische Staatsmänner 1848 „von der Selbständigkeit Preußens nicht zu viel zu Gunsten Deutschlands opfern wollten" und davor warnten, „den kräftigen Heimatstaat um des noch nebelhaften Deutschlands willen aufzulösen." Auch hatte Preußen durch die am 5. Dezember 1848 oktroyierte einheitliche preußische Verfassung den festen Willen dargetan, sein Gefüge durch keine Rücksichten zu erschüttern. Ebenso verfuhr die österreichische Regierung, besonders nachdem sie die revolutionäre Bewegung gedämpft hatte. Anders stellt sich aber das Bild dar, wenn man die Absichten der österreichischen Abgeordneten in der Nationalversammlung ins Auge faßt. Es ist geradezu erschütternd zu lesen, wie sie sich anstrengten, mit Deutschland in Verbindung zu bleiben, wie sie zu allen möglichen Zugeständnissen bereit waren. Ihr Österreich wollten sie freilich ebenso wenig aufgeben wie die Preußen ihr Vaterland.

Für die meisten deutschösterreichischen Abgeordneten ohne Unterschied der Parteistellung stand es ganz außer Frage, daß Deutschösterreich mit Deutschland vereinigt werden müsse. Fraglich war für sie nur, wie die deutschösterreichischen Provinzen nach ihrer Vereinigung mit Deutschland mit den nichtdeutschen Ländern Österreichs verbunden bleiben sollten. Schmerling äußerte sich einmal: „Deutschland hat ein heiliges Recht auf Österreichs deutsche Gebietsteile, auf jene Länder, die, auf Jahrhunderte zurückgezählt, zum Reiche gehören. Österreich, dessen Fürsten seit ihrem Ahnherrn beinahe ununterbrochen des Reiches Krone trugen, es kann, es darf sich nicht zurückziehen vom deutschen Volke, mit dem es alle Tage der Größe, des Ruhmes geteilt. Eine Konstituierung Deutschlands neben Österreich würde, wenn auch vorübergehend, das schmerzliche Bild einer Trennung gewähren, an die kaum gedacht werden soll." Ebenso sagte Camillo Wagner: „Alles, was nur in die Wagschale kommen kann, spricht dafür, daß Deutschösterreich bei Deutschland zu bleiben habe, und zwar unbedingt, wie jeder andere Bestandteil des deutschen Landes." Und Moritz Hartmann

[1]) H. Friedjung, Österreich 1848—1860, Bd. 1, 2. Aufl. (Stuttgart 1908), S. 167 f.

brachte denselben Gedanken in folgenden Worten zum Ausdruck: „Wir Österreicher sind nicht gekommen als verlorene Söhne, um den Eingang in das Vaterhaus zu betteln. Wir sind hier zu Hause und haben ein Recht, hier zu sein wie alle anderen Deutschen."

Deshalb erklärten diese österreichischen Abgeordneten, „daß sie ihre Aufgabe und ihre Pflicht als Vertreter des Volkes nur in der Begründung der deutschen Einheit und Freiheit in einem ganz Deutschland umfassenden Bundesstaate erkennen." Viele der deutschösterreichischen Abgeordneten hatten daher auch für die §§ 2 und 3 des deutschen Verfassungsentwurfes gestimmt, wonach kein Teil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein durfte, sondern höchstens im Verhältnis der Personalunion zu ihnen stehen konnte. Am 13. Januar 1849 erklärte Giskra in seiner großen Rede: „In der unausweichlichen Notwendigkeit liegt es, daß in einem freien Österreich das Föderativprinzip zur Wahrheit werde und mit dem Föderativprinzip ist die Einfügung Deutschösterreichs in Deutschland vollkommen vereinbar." Man wollte also Österreich das losere Gefüge eines Bundesstaates geben, um auf diese Weise seine deutschen Gebiete mit Deutschland verbinden zu können. Deutschösterreich sollte im deutschen Bundesstaat stehen, und die anderen Länder Österreichs in einen Staatenbund zu Gesamtdeutschland treten. Es ist der fruchtbare Gedanke des engeren und weiteren Bundes, der in jenen Tagen immer wieder erörtert wurde. Freilich gab es auch Deutschösterreicher, denen die feste Einheit der österreichischen Monarchie höher stand als der staatliche Verband ihrer deutschen Teile mit Deutschland. Aber auch diese schwarz-gelben Stockösterreicher dachten durchaus nicht an eine Verhinderung des Zusammenschlusses Gesamtdeutschlands, vielmehr sollte „die angestrebte Macht und Einheit Deutschlands in größtmöglichstem Maße durch den innigsten Anschluß (Gesamt-) Österreichs an (das engere) Deutschland im Wege eines völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden." Dieses völkerrechtliche Bündnis sollte eine solche Fülle haben, daß der Staatenbund einem Bundesstaat sehr nahe käme. Man sieht also, daß die österreichischen Abgeordneten der verschiedenen Schattierungen damit den Absichten Heinrichs v. Gagern, des Führers der Kleindeutschen, nahe kamen, der den Gedanken vertrat, ein engeres Deutschland unter Preußen zu einigen und dann eine staatsrechtlich unlösbare Verbindung mit Österreich zu schließen.

Erwähnt sei auch, daß die österreichischen Großdeutschen im Einverständnis mit ihren deutschländischen Gesinnungsgenossen nicht etwa die deutsche Kaiserkrone für Österreich forderten, sondern die Anschauung vertraten, daß an die Spitze Großdeutschlands ein Reichsdirektorium (Reichsregierung) bestehend aus mehreren Mitgliedern treten solle, von denen eines der Kaiser von Österreich, eines der König von Preußen, und die anderen die übrigen deutschen Staaten zu ernennen hätten. Wie ernst es den Österreichern mit der Ordnung der deutschen Angelegenheit war, beweist der Umstand, daß einige für die erbliche Kaiserwürde Preußens stimmten. Endlich möge noch bemerkt werden, daß die Großösterreicher ihr Vaterland zusammenzuhalten suchten, da sie den Gesichtspunkt vertraten, daß nur ein zentralistisches Gesamtösterreich seine geschichtliche Aufgabe erfüllen könne, Kultur nach dem Osten zu tragen und dem deutschen Volk den Weg zu den Donaumündungen freizuhalten; nur das ungeteilte Österreich konnte, wie es damals hieß, eine halbe Million Streiter für die deutsche Sache ins Feld stellen. Es sind dies Gedanken, die sich im Grunde genommen völlig mit den Anschauungen Bismarcks über die Aufgaben der Deutschösterreicher, die er in seiner Ansprache vom 15. April 1895 entwickelte, decken.

Mit Recht muß man daher den Vorwurf zurückweisen, daß die österreichischen Gesandten in Frankfurt das Zustandekommen einer Einigung verhindert hätten. Wohl haben sie ihr Vaterland hochgehalten und seine historischen Rechte stark betont, aber es hat ihnen nicht an Begeisterung für die Einheit Deutschlands gefehlt. Bei gleicher Gesinnung der anderen Abgeordneten wäre vielleicht der Nationalversammlung das schwere Werk gelungen, ebenso wie der österreichische Reichstag in Kremsier den schwierigen, alle Völker befriedigenden österreichischen Verfassungsentwurf zustande brachte. Wie dieser aber durch die österreichische Regierung verhindert wurde, so ist die großdeutsche Lösung der deutschen Frage vor allem von der preußischen und österreichischen Regierung verhindert worden. Beide wollten nichts von ihrem Einfluß einbüßen, und beide haben für ihre Staaten während der Verhandlungen in Frankfurt Gesamtverfassungen oktroyiert, die der Lösung der deutschen Frage hinderlich waren. So wurde das Verhängnis heraufbeschworen, das Österreich und zugleich das ganze deutsche Volk und seine Stellung getroffen hat. Deutschland litt, weil es zwei große Staaten hervorgebracht hatte. Daß es bei gegen-

seitiger Einsicht 1849 möglich gewesen wäre, auch mit Einschluß Gesamtösterreichs (Großösterreichs) einen mitteleuropäischen Staatenbund zustande zu bringen, hat Professor Zwiedineck durch die Veröffentlichung der Pläne Mensshengens vom März 1849 nachgewiesen.

Es kam aber anders, die Deutschen verstanden es nicht, ihre Regierungen in den allein richtigen Weg zu zwängen. Die großdeutsche Partei unterlag. Die kleindeutsche trug dem preußischen König die Kaiserkrone an, die er aber ohne Österreichs Zustimmung nicht annehmen wollte und konnte. So kehrte die alte Bundesverfassung zurück, Österreich übernahm wieder allein die Führung. Diese Demütigung Preußens hat in Bismarck den starken Willen erweckt, der vor Blut und Eisen nicht zurückschreckte, um seinem engeren Vaterland zu seinem Recht zu verhelfen. So hat er durch einen Bruderkrieg Preußens Vorherrschaft und das kleindeutsche Reich begründet, gewaltige Taten, deren Bedeutung unzweifelhaft feststeht. Damit war aber auch der großdeutsche Gedanke für lange Zeit begraben, und über die Ostdeutschen brach ein böses Verhängnis herein, das in der Folge auch das Gesamtvolk schwer traf.

Nicht unerwartet ist dieses Geschick gekommen. Die Großdeutschen haben es stets voraus gesagt. Schon am 30. November 1848 hatte Giskra geklagt: „Dahin ist es gekommen, daß Länder, welche tausend Jahre bei Deutschland stehen, durch sechs Jahrhunderte dem Reich das Haupt gegeben, nun bei der Einigung von Deutschland in Frage stehen, daß die Alpen, daß die Donau, daß die deutschen Berge, die deutschen Ströme vielleicht auf lange Zeit hin nicht mehr zu Deutschland gehören, daß acht Millionen der herrlichsten Söhne Germaniens . . . nicht an ihrer Mutter Busen ruhen, daß sie von Deutschland ferngehalten, von Deutschland weggerissen werden." Ebenso flehte der deutschösterreichische Abgeordnete Camillo Wagner 1849: „Lassen Sie aber eine Lücke für uns (im Baue der Verfassung), daß wir immer hereinkönnen; — wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle, wir Deutsche kommen, wie und wann, wer kann es sagen? Wir kommen aber." Und Berger sprach in seiner großen Rede vom 20. März 1849 das harte, aber wahre Wort: „Wenn Sie vorschnell Ihr Kleindeutschland abschließen und Ihren preußischen Kaiser machen, dann verraten Sie die deutsche Einheit, die deutsche Freiheit, die deutsche Zukunft." Der Deutschböhme Moritz Hartmann schrieb die Verse:

„Nun aber wie steht's im deutschen Land? . . .
Der Gagern ist ein Staatsmann, ein weiser,
Er schwärmt für einen märkischen Kaiser;
Und um seinem lieben Wilhelm von Preußen
Die Krone Karls des Großen zu kaufen,
Läßt er mit den Schätzen die Donau laufen
Ins Haus dem Kaiser aller Reußen,
Verkauft er neun Millionen Deutsche
Der slavischen Peitsche."

Die Deutschböhmen haben damals mit größtem Nachdruck für Großdeutschland gekämpft, weil sie ihr Schicksal in einem Österreich mit slavischer Mehrheit für hoffnungslos hielten. Sie haben sich leider nicht getäuscht.

Was Hartmann andeutet, das hat Ludwig Uhland, den wir als Vertreter der Großdeutschen des engeren Deutschlands nennen wollen, schon am 26. Oktober 1848 in der Paulskirche (dem Versammlungsort der Nationalversammlung in Frankfurt) mit Seherblick noch genauer vorhergesagt: „Und was soll die Stellung der deutschen Minderheit sein in diesem Neustaate (dem von Deutschland getrennten Österreich)? Das Kaiserhaus, die Dynastie als Deutsche, was kann sie ihnen helfen, und was kann ihnen der lockere völkerrechtliche Faden helfen, den man zu uns nach Deutschland herüberfliegen lassen will? Man hat wohl gesagt, Österreich hat den großen providentiellen Beruf, nach dem Osten hin mächtig zu sein; nach dem Osten Aufklärung und Gesittung zu tragen. Aber wie kann das deutsche Österreich Macht üben, wenn es selbst überwältigt ist? Wie kann es leuchten und aufklären, wenn es selbst zugedeckt und verdunkelt ist?"

Was Uhland hier voraussagt, ist Wort für Wort in Erfüllung gegangen, nachdem 1866 Österreich aus Deutschland ausgeschlossen worden war, und der großdeutsche Gedanke Schiffbruch gelitten hatte.

Vergebens haben die Großdeutschen anfangs der sechziger Jahre nochmals ihre alten Warnungen wiederholt; das Verhängnis von 1866 konnten sie nicht verhindern.

„Finis Austriae" klagte Anastasius Grün, und Grillparzer rief voll Schmerz: „Als Deutscher bin ich geboren, bin ich noch einer!"

Viele mögen diese Aussprüche von 1866 als Schwarzseherei betrachtet haben. Leider haben unsere Dichter nur zu hell gesehen!

Und hätte man doch, wenn schon nicht auf die deutschen Stimmen, so auf die der Feinde des Deutschtums geachtet! Als 1848 das Frankfurter Parlament daran gegangen war, ein Großdeutschland zu schaffen, da hatte Zar Nikolaus I. sofort mit dem republikanischen Frankreich Verhandlungen angeknüpft, um das zu verhindern. Der tschechische Historiker Palacký hat vom Verbleiben Österreichs in Großdeutschland nichts wissen wollen und trat mit scheinheiliger Wärme für die Notwendigkeit des Bestandes eines selbständigen Österreich ein. Die Italiener hatten Gesandte nach Frankfurt geschickt, damit man Österreichs italienische Landesteile aus dem deutschen Bund entlasse. Aber die Deutschen verstanden alle diese Anzeichen nicht zu deuten. Während die anderen Völker ihre nationale Einigung und Sammlung rücksichtslos zu verfolgen begannen, trugen die Deutschen den großdeutschen Gedanken zu Grabe und zerrissen ihr großes Deutschland zur Freude der inneren und äußeren Feinde! Daß diese jetzt unsere Wiedervereinigung verhindern, ist von ihrem Standpunkte aus selbstverständlich. Schon acht Jahre vor dem Ausbruch des Krieges hat der berüchtigte Scotus Viator in seiner Schrift: „Die Zukunft Österreich-Ungarns und die Haltung der Großmächte" diesen Standpunkt mit beredten Worten vertreten. „Der Traum des Dichters Arndt wäre verwirklicht." — Das durfte nicht geschehen. Und er bekämpfte diesen Gedanken durch Einwände, die man immer wieder auch in Deutschland hören kann. Wie viele dabei unbewußt ihnen durch geschickte Agitation unterschobene fremde Anschauung äußern, mag dahingestellt bleiben.

II

Die Schattenseiten in der Entwicklung Kleindeutschlands

Preußen und Kleindeutschland haben freilich zunächst einen herrlichen Aufschwung genommen. Wir haben uns alle ihrer Größe und Macht gefreut. Sie war unser Stolz! So hoch aber auch der Wert des geeinigten Kleindeutschlands anzuschlagen war, so sahen tiefer Blickende doch auch schon damals die drohenden Gefahren.

Ganz klar war der Horizont nie gewesen. Unter den Deutschen selbst hatten die Vorgänge von 1866 stets eine Neige von Bitter-

keit zurückgelassen, vor allem eine Spannung zwischen Nord und Süd. Man hörte bald von „Reichsverdrossenheit[1])." Dazu kam, daß das neuerstandene deutsche Kaiserreich sofort mit der Revanchepolitik Frankreichs belastet wurde, die ihm die Bewegungsfreiheit nahm. Rußland aber, das ein mächtiges Deutschland nicht wollte, stellte nach wie vor seine Politik auf den Gegensatz zwischen Österreich und Preußen-Deutschland ein. Es hat wie in früherer Zeit auch in den folgenden Jahrzehnten die Spaltung Deutschlands ausgenützt. Die Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland (man denke nur an die Ostseefrage!) gehen bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts zurück[2]). In Rußland besteht aber auch ein alter Deutschenhaß, in dem sich der Gegensatz gegen alles Westländische verdichtet[3]). Seit 1870/71 hat Rußland besonders großen Nutzen daraus gezogen, daß das Deutsche Reich es wegen des französischen Konflikts zum Freunde haben mußte. Das hat das Deutsche Reich zu einer Politik gegenüber Rußland gezwungen, die ein deutsches Blatt einmal als „Wettkriechen vor Rußland" bezeichnete[4]). Bismarck selbst sah sich 1888 zum Ausspruch veranlaßt: „Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis (zu Rußland) wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach." Mit grimmiger Laune hat er in derselben großen Rede vom 6. Februar 1888 die Franzosen und Russen als die Hechte im europäischen Teiche bezeichnet, die die Deutschen nicht Karpfen werden lassen. Es ist jene Rede, in der Bismarck das russische Vorgehen schildert, das ihn zum Abschluß des Vertrages von 1879 mit Österreich-Ungarn veranlaßt hat, und die mit dem Ausspruch schloß: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt". Offen und mit Nachdruck bekannte sich Bismarck gleichzeitig zu Österreich. Dieses aber war seit 1866 ein bis ins Mark verwundeter Stamm. Seine inneren und äußeren Verhältnisse mußten — wie noch näher zu zeigen sein wird — in trostlose Schwäche geraten. Da aber nur dieses Reich allein der Bundesgenosse des deutschen Reiches sein konnte, so wurde letzteres

---

[1]) Es sei hier nur auf W. Hopf, Die deutsche Krisis des Jahres 1866, 3. Aufl. (Hannover 1906) und auf K. Kron, Der deutsche Ausgleich mit dem Staate Österreich (Wien 1899), S. 37 ff. verwiesen.

[2]) Das Nähere über diese oft übersehenen Verhältnisse bei G. Roloff, Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren. Der deutsche Krieg, Heft 9 (Stuttgart 1914).

[3]) A. Schmidt, Die russische Sphinx. Der deutsche Krieg, Heft 7 (Stuttgart 1914).

[4]) Bismarcks politische Reden, Bd. 12, S. 473.

dadurch auf das Schwerste betroffen: sein einziger Bundesgenosse war infolge seiner Entartung durch die seit 1866 herrschende nichtdeutsche Mehrheit nicht verläßlich.

Aber noch andere schwerwiegende Erscheinungen machten sich in Deutschland geltend. Das eigentliche Arbeitsgebiet des deutschen Volkes lag seit Jahrhunderten im Osten und Südosten[1]). Dort hat es seine großen Erfolge errungen; dort hat es auch Österreich als seine größte Kolonie geschaffen. Noch 1841 hat Moltke als die für die deutsche Politik maßgebende Richtung Berlin-Wien-Konstantinopel bezeichnet. Die Großdeutschen haben stets gewarnt, den Südosten preiszugeben. Und später hat Viktor Aimè Huber bemerkt: „Deutschlands Zukunft und welthistorischer Beruf liegt in überwiegendem Maße, man kann sagen zu drei Vierteilen, nicht nach der von Preußen, sondern in der von Österreich vermittelten Richtung. Nicht nach Nordwesten längs des Rheins, der Weser, Elbe, Oder und Weichsel, sondern nach Südosten längs der Donau bis an das Schwarze Meer, dann weiter nach Vorderasien". Ja, noch 1865 hat Treitschke es als die große und wichtige Aufgabe Deutschösterreichs bezeichnet, die Karpathenländer und den Südosten, das „subgermanische Europa", durch seine Verwaltung der modernen Kultur zuzuführen. Mit der Abstoßung Österreichs hat Deutschland dieses Ziel aufgegeben, das alte deutsche Arbeitsgebiet vernachlässigt und sich vollständig der Übersee zugewendet. Das hat zwar glänzende Erfolge gebracht, zugleich aber auch dem Deutschtum im Südosten und dem gesamten deutschen Volke unendlichen Schaden zugefügt. Welche Erfolge auf völkischem und wirtschaftlichem Gebiete hätten sich im Osten und Süden noch vor wenigen Jahrzehnten erreichen lassen, wenn die damals noch ungeschwächten deutschen Kolonien starke Hilfe und starken Zuzug erhalten hätten, wenn der Großteil der überschüssigen deutschen Kraft und Arbeit sich hierher gewandt hätte. Auch ohne jede Hilfe haben die Deut-

[1]) Darüber vor allem meine Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, 3 Bde., an verschiedenen Stellen. Über die deutsche Ansiedlung und Kulturarbeit im allgemeinen vgl. man auch meine anderen Schriften: Die Deutschen in Osteuropa (Leipzig 1916); Deutsche Siedlung im Osten (Stuttgart 1915); Polen, 2. Aufl. (Leipzig 1917); Die Deutschen in Galizien und der Bukowina (Frankfurt 1916); Das Ansiedlungswesen in der Bukowina (Innsbruck 1902); Geschichte der Deutschen in Ungarn (Gotha 1912); Die Ansiedlung der Deutschen in den Karpathenländern (Prag 1917); Die Deutschen in den Donauländern und ihren Nachbargebieten (Hamm 1919); Böhmen (Leipzig 1919). Auch meinen Roman aus Krakaus deutscher Zeit „Die Tochter des Erbvogts" (Stuttgart).

schen im subgermanischen Europa noch in den letzten Jahrzehnten bis kurz vor dem Kriege zahlreiche Erweiterungen ihrer Ansiedlungen und viele Neugründungen vorgenommen. Was hätte erst geschehen können, wenn nur ein Teil der reichen deutschen Geld- und Volkskraft sich hierher gewendet hätte! Wieviel Bauernland, das mit der Heimat in engerem oder weiterem Verband gestanden wäre, dessen Ansiedler dem deutschen Volk nicht wie die Auswanderer in die überseeischen Länder verloren gegangen wären, hätte erworben, welch reiche Kornspeicher und gute Absatzgebiete für unsere Industrie hätten erschlossen werden können. Das ist aber alles versäumt worden, weil der Kolonisationswille im nahen Osten gefehlt hat. Wie kläglich sind daher selbst die Erfolge in Posen gewesen! Mit Recht sagt H. Ullmann[1]): „Mit Trauer mußte man nur immer wieder gewahren, daß Kolonisationswille in diesem Sinne im Reich so gut wie nirgends sich aussprach; hier schien ausschließlich Wirtschaftswille nach englischem Muster zu herrschen, die Zukunft lag vor allem auf dem Wasser, und das Deutsche Reich war in erster Linie eine Erwerbs- und Wohlfahrtsgenossenschaft für die, die drin waren". So wurde das Deutschtum in Österreich erschüttert, so ging es auch im nahen Osten zurück. Alle Hilferufe waren vergeblich, nur wenige Reichsdeutsche hatten für die Donaudeutschen Verständnis, sonst standen diese allein. Nur die Hoffnung, daß sie sich bis zu einer Zeit halten könnten, da endlich doch ein Umschwung der Gesinnung im deutschen Volk erfolgen würde, hielt sie aufrecht. Tatsächlich begann man im Deutschen Reich zu Anfang des 20. Jahrhunderts den Verhältnissen im Osten größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Stimmen mehrten sich, die das deutsche Volk wieder auf den Osten wiesen, und im Sinne Moltkes und Hubers erschien eine Reihe von Schriften, deren Inhalt unter den Schlagworten „Berlin-Bagdad" und „Mitteleuropa" sich zusammenfassen läßt. Doch bevor noch diese Pläne Früchte tragen konnten, kam der Weltkrieg, der so recht den Nachteil der Abwendung des deutschen Volkes vom Osten dargetan hat. Das entdeutschte Österreich brach zusammen, und unsere Niederlage wurde dadurch möglich, daß wir, von der Übersee abgeschnitten, nicht im subgermanischen Europa unsere sicheren Kornkammern hatten[2])!

---

[1]) H. Ullmann, Deutschösterreich und die deutsche Zukunft (Charlottenburg 1916), S. 19.

[2]) Auf diese Verhältnisse habe ich schon vor dem Kriege, besonders bei der 3. und 4. Tagung der Karpathendeutschen, hingewiesen. Meine ganze Schutzarbeit hatte

Und wodurch ist der Weltkrieg veranlaßt worden, wenn nicht durch die infolge der Abwendung vom Osten veranlaßte Überseepolitik? Er ist — wie Heinrich Friedjung ausführt[1]) — „die Antwort Englands auf die große Erscheinung der Handelsgeschichte, daß der deutsche Kaufmann und Fabrikant sich auf dem Erdenrund dem englischen in den meisten Belangen überlegen zeigte. Nicht die Fehler des deutschen Charakters, sondern seine großen Eigenschaften: Tatkraft und Fleiß, der geniale Erfindungsgeist auf dem Gebiet der Technik, die größere allgemeine und kommerzielle Bildung des Kaufmanns haben die Engländer mit tödlichem Haß erfüllt. Das war schon zu Ende des 19. Jahrhunderts so sichtbar, daß, als Bismarck von einem wohlmeinenden Briten gefragt wurde, ob es ein Mittel gebe, den Gegensatz zwischen Deutschen und Briten aus der Welt zu schaffen, der Altreichskanzler erwiderte: Er sehe keines, es wäre denn, daß die Deutschen sich in ihren Handels- und Fabrikationsunternehmungen beschränkten. Ein Blick auf das Erdenrund zeigte, wie gefährlich der deutsche Wettbewerb vor dem Kriege den Engländern geworden war . . . Das ist es, was in erster Linie zum Kriege geführt hat, und die furchtbare Konsequenz des Handelsneides führt dazu, daß die Sieger den Deutschen verbieten wollen, ihre Handelsunternehmungen im Ausland, ihre Banken und Fabriken weiterzuführen. Alles soll dem Raub anheimfallen, um die Deutschen für ihren überlegenen Geist und ihre gefährliche Tatkraft zu bestrafen."

Aber auch noch eine andere Erscheinung hängt mit der Überseepolitik zusammen, die überaus schwer ins Gewicht fällt. Seit dem Durchdringen der Überseepolitik, die nicht völkisches Neuland, sondern vor allem Geld sucht, hat das deutsche Volk seinen idealen Schwung verloren, weil seiner Mehrzahl der maßlose Erwerb die Hauptsache war. Das hat die Überseepolitik mit sich gebracht, die aus den Deutschen ein Händlervolk gemacht hat, die die schroffsten Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital schuf. Die „Amerikanisierung" Deutschlands hat uns nicht nur die halbe Welt zu Feinden

darin ihren tieferen Grund, daß ich dem deutschen Volke sein altes Arbeitsgebiet im Osten wieder eröffnen wollte. Vgl. meine Schrift Deutsche Siedlung im Osten, die 1914 im „Deutschen Krieg" erschien. Sie sollte der Hauptsache nach schon im Sommer dieses Jahres in der „Österreichischen Rundschau" erscheinen, doch unterblieb das wegen des Kriegsausbruchs. Dazu meine zahlreichen Zeitungsartikel, deren Ausführungen in einer künftigen Schrift „Deutsche nach dem Osten!" zusammengefaßt werden sollen.

[1]) H. Friedjung, Der wahre Grund (Grazer Tagespost, 22. Juni 1919).

gemacht, sondern auch unsere Widerstandskraft gebrochen, hat die Liebe zur Scholle vernichtet, hat die Masse der Deutschen proletarisiert, sie von fremdem Brot abhängig gemacht. Sie hat auf der einen Seite ungeheure Reichtümer aufgestapelt, aber auch das Schreckgespenst des Hungers hervorgerufen. Diese Entwicklung hat, kurz gesagt, jene Verhältnisse geschaffen, die Deutschland hinter der Front zusammenbrechen ließen und noch jetzt erschüttern. Aber auch der Leumund, den die Deutschen troß ihrer schätzenswerten Eigenschaften in der Fremde haben, hängt vielfach damit zusammen. Einerseits der Vorwurf der Überhebung, daß sie alles besser verstehen und besser machen, anderseits wieder der Vorwurf, daß sie um Geld und Verdienst die Abstammung verleugnen. Auch den eigenen Volksgenossen gegenüber machte sich nicht selten bei vielen Reichsdeutschen jenes Gefühl der Überlegenheit und Sicherheit geltend, das ihnen ihr mächtiger Staat und ihr reicher Erfolg mit Recht einflößten. Und doch wäre es klüger gewesen, diesem Selbstgefühl weniger Ausdruck zu verleihen, auch gewisse allzuweitgehende alldeutsche Pläne weniger oft zu betonen[1]), dafür aber verleumderischen Ausstreuungen der Gegner mit Nachdruck und Geschick zu begegnen. Aber dazu waren wir zu stolz oder zu träge. Ferner hat die Zugehörigkeit zu einem völkisch fast einheitlichen Staate der Masse der Reichsdeutschen die Gelegenheit genommen, sich zu völkischem Kampf zu stählen und für denselben Verständnis zu entwickeln, ein großer Nachteil für unser Volk, dessen zahlreichen, außerhalb des Reiches stehenden Teilen so die Hilfe Reichsdeutschlands fehlte. Dieser Mangel war für das Gesamtvolk um so verhängnisvoller, als die Slaven von ganz anderer Gesinnung erfüllt sind. In Deutschland war aber das Gefühl dafür zumeist verloren. Man ging hier in dem Staat auf, es erfolgte, wie H. Ullmann sagt, „eine Einschrumpfung der ursprünglichen Volkheits- und Gemeinschaftsidee“. In Österreich und an vielen Stellen der „Diaspora“ erhielt sich viel mehr davon. Diese „Zurückgebliebenheit“ bedeutet zugleich Erhaltung alter Werte[2]). Wenn in Deutschösterreich in letzter Zeit die Verhältnisse im ganzen nicht die katastrophalen Erschütterungen aufweisen wie im Deutschen Reich, so ist das zum guten Teil darauf

---

[1]) Vgl. z. B. die von E. Hasse, Deutsche Grenzpolitik (München 1906) S. 162ff. besprochenen alldeutschen Zukunftspläne.

[2]) H. Ullmann, Deutschösterreich und die deutsche Zukunft, S. 31f. — Derselbe, Die Bestimmungen der Deutschen in Mitteleuropa, Tatflugschrift 11 (Jena 1915).

zurückzuführen, daß Österreich die Amerikanisierung nicht mitgemacht hat ...

Vorahnend schrieb A. v. Wallpach, Heiliges Land (München 1914):

Deutschland erstickt in Hab und Gut,
Sein Reichtum ist Verderben.
Die Neidingsvölker aus niederm Blut
Warten auf unser Sterben[1].

III

Der verderbliche Einfluß von 1866 auf die inneren Verhältnisse Österreichs

Was die Großdeutschen vorausgesagt hatten, wenn der kleindeutsche Gedanke siegen würde und Österreich aus Deutschland ausscheiden müßte, erfüllte sich Schlag auf Schlag mit naturnotwendiger Folgerichtigkeit.

Die Hoffnungen, die die Feinde des Deutschtums auf die Sonderstellung Österreichs, auf die Zertrümmerung Großdeutschlands gesetzt hatten, gingen leider in vollem Maße in Erfüllung.

Zuerst brach das Verhängnis über Österreich herein. In Österreich wurde aber auch Deutschland getroffen.

Österreich wurde sowohl in seiner inneren als auch in seiner äußeren Politik durch die Folgen des Jahres 1866 erschüttert[2].

Betrachten wir zunächst die Gestaltung der inneren Zustände. Die nächste Folge war, daß die Deutschen im Reiche der Habsburger in die Minderheit kamen und ohne allen Rückhalt an dem Gesamtvolke den anderen Völkern ausgeliefert wurden Die Deutschösterreicher waren so erschüttert, daß sie nicht einmal gegen ihren Ausschluß aus Deutschland Einspruch zu erheben wagten! Verletzt und geschwächt begannen sie ein „halbes Leben" zu führen[3]! Den

[1]) Nachträglich sei auf die Ausführungen des Berliner Professors Herkner, Deutschland und Deutschösterreich (Leipzig 1919) S. 31—43 hingewiesen. Hier auch die Mahnungen von Friedr. Th. Vischer und Dahn.

[2]) Zum folgenden vgl. meine Darstellung „Österreichs innere und äußere Politik bis 1914. Die Irredenta" im „Handbuch der Politik", 2. Bd., 3. Aufl., S. 22 ff., wo man auch weitere Literatur findet. Ferner meine Schriften „Polen", 2. Aufl. (Leipzig 1917) und „Böhmen" (ebenda 1919).

[3]) Vgl. die packenden Bemerkungen bei H. Friedjung, Der Ausgleich mit Ungarn (Leipzig 1877) S. 26 f.

Nichtdeutschen war dagegen der Mut gewachsen, denn die Deutschen selbst hatten die ersehnten Bedingungen für die Erfüllung ihrer Wünsche geschaffen. Ja, Preußen hatte, da es Österreichs Widerstandskraft überschätzte, alle Nichtdeutschen zum Kampf gegen Österreich aufgerufen. Mit den Tschechen und Madjaren, mit Südslaven und Rumänen, vor allem aber mit den Italienern sind Beziehungen angeknüpft worden, die deren Angriffslust stärkten. So geschah es, daß schon 1867 mit Ungarn der berüchtigte Ausgleich geschlossen werden mußte, der Österreich übermäßige Lasten auflegte und es in der Folge zum Trabanten der Madjaren machte. Das war der Lohn für die Deutschen, die mit ihrem Blut und Gut Ungarn aus der Türkennot befreit und mit ihrem Schweiß wieder aufgebaut hatten. Ein Jahr später (1868) wurde Galizien den Polen ausgeliefert, und damit eigentlich schon damals die Lostrennung dieses mit deutschem Gut durch ein Jahrhundert geförderten und kultivierten Gebietes vollzogen. Aber auch im Staate selbst gewannen die Polen einen übermäßigen Einfluß, den sie zur finanziellen Ausnützung zugunsten Galiziens mißbrauchten. Sofort begann auch die Selbständigkeitsbewegung der Tschechen wieder stärker hervorzutreten, wie ja überhaupt das madjarische und polnische Beispiel bei ihnen stets lebhaften Nachklang fand. Der Kampf um das angebliche tschechische Staatsrecht, das den Sudetenländern eine ähnliche Stellung verschaffen sollte, wie sie Ungarn und Galizien errungen hatten, erschütterte die Monarchie bis in ihre Grundfesten. Und diesen Völkern schlossen sich die anderen an. Überall setzte der heftigste Kampf gegen den Staat ein. Dieser Kampf war zugleich auch gegen die Deutschen gerichtet, die das staaterhaltende Volk waren und die Stützen des Zentralismus bildeten, der den übrigen Völkern eine Fessel war. So hat sich seit 1866 auch der Kampf gegen die Deutschen überaus verschärft. Durch die slavische Mehrheit gedrängt, begann die österreichische Regierung den slavischen Kurs zu verfolgen, der sie wieder um das Vertrauen der Deutschen brachte, die doch ihre festeste Stütze in diesem Reiche waren. Noch 1848 und 1861 hatten die schwarz-rot-goldenen Farben in Wien auch auf der Hofburg geweht, dann aber kam die Zeit, wo sie und alle deutschvölkischen Bestrebungen von der Regierung geächtet waren. Im Jahre 1862 hatte noch Kaiser Franz Josef I. zum Vorsitzenden des Juristentages in Wien gesagt: „Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluß Österreichs

an Deutschland!" Jetzt war das nicht mehr möglich. Zwischen den beiden Kräften, die die Großmacht an der Donau geschaffen hatten, der Dynastie und den Deutschen, begann eine Entfremdung. Die Österreich auflösenden Kräfte wirkten aber unter diesen Umständen um so verderblicher, als durch den wieder eingetretenen Verfassungszustand den Nichtdeutschen auf Schritt und Tritt (im Parlament, in den Ländern, in den Gemeinden, in jedem Verein) die Möglichkeit zu Angriffen geboten wurde. So mußten schließlich die das Reich bildenden und bejahenden Kräfte durch die es verneinenden überwunden werden. Daher hatten auch schon 1848 die Tschechen mit Nachdruck den Anschluß Österreichs an Deutschland bekämpft. Deshalb hatten sie damals die Beschickung des Frankfurter Parlaments (durch Deutsche aus Österreich, besonders aus Böhmen) als aufreizend, unnütz, gefährlich für das Land, für Österreich, ja für die Dynastie erklärt. Waren die Deutschböhmen zumeist mit Entschiedenheit für Großdeutschland, so waren die Tschechen ebenso entschieden gegen dasselbe. Hätten doch nur die Kleindeutschen aus diesem Standpunkt der Tschechen etwas gelernt!

Die Spannung zwischen den Deutschen und der Regierung ist durch das Verhalten der ersteren in der Balkanfrage ganz besonders verstärkt worden. Infolge ihrer Schwächung und Vereinsamung vergaßen die österreichischen Deutschen den Zweck und die eigentliche Bestimmung des von ihnen errichteten Reiches. Was den Großdeutschen noch 1848 vorschwebte, was Treitschke 1865 noch als ihre Aufgabe hinstellte: das subgermanische Europa der deutschen Kultur zu gewinnen, hielten sie selbst fortan für unmöglich. Die Einverleibung weiterer nichtdeutscher Länder in das Reich erschien ihnen unter den gegebenen Umständen aus Gründen der Selbsterhaltung gefährlich.

Als die Balkanwirren in den 1870er Jahren ausbrachen, waren die Deutschen im Gegensatz zu den Slaven für die Nichtanteilnahme und gegen das Streben nach Erwerbung fremder Gebiete (Interpellation der Hundertzwölf vom 21. Oktober 1876). Der Abgeordnete Demel erklärte das Schlagwort „Kultur nach dem Osten zu tragen" für eine Phrase, um andere Zwecke zu verschleiern, und Walterskirchen sah in der Besetzung von Balkanländern eine Quelle fortwährender militärischer Opfer und Lasten, die Österreich keinen Nutzen bringen würden. Die deutsche Linke bezeichnete die Balkanpolitik als abenteuerlich und gefahrbringend. Man muß zugeben, daß diese Partei die Schwäche Österreichs nach 1866

richtig abschätzte. Hatte Deutschland mit der Wiedererwerbung des Elsaß eine ungeheuere Last auf sich genommen, so wurde Österreich ebenso mit Bosnien beschwert. Man darf aber nicht vergessen, daß der allserbische Gedanke, wenn den Serben Bosnien überlassen worden wäre, selbstverständlich an der Save nicht Halt gemacht hätte, denn er war ja in Südungarn geboren! Durch den Widerstand gegen die Erwerbung Bosniens stellten sich die Deutschen in offenen Gegensatz zu den Absichten des Hofes und der militärischen Kreise und beschleunigten dadurch den Pakt der Krone mit den Parteien der Rechten. Dies war ein für die ganze weitere Entwicklung so verhängnisvoller Schritt, daß Bismarck ihn zum Anlaß nahm, über die „Herbstzeitlosen" ein scharfes Urteil zu fällen (1882). So nannte der Reichskanzler die um den Abgeordneten Herbst stehende Partei, „weil sie nie etwas zur rechten Zeit getan". „Durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen ist sie schließlich in die bedauernswerte Lage gekommen, daß sie die Dynastie nötigte, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen, im Interesse ihrer Erhaltung, einer Dynastie, die in Österreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesamten Reiches sehen mußte."[1]) Diese Anschauung hat Bismarck stets vertreten. Er hat aber damit die Alldeutschen Österreichs nicht überzeugt. Gerade darin wollten sie ihn nicht verstehen! So sehr hatten ihnen die Folgen des Jahres 1866 ihr Vaterland verleidet.

So begann der ewige Zirkel der Irrungen und Wirrungen. Die Regierung warf sich ihren bisherigen Gegnern in die Arme. Schon 1879 tritt der erste Tscheche ins Ministerium; es beginnt die Tschechisierung der Zentralstellen und der inneren Politik Österreichs. Die deutschen Interessen wurden von der Regierung vernachlässigt, die alldeutsche Bewegung unter Schönerer gab dagegen schon 1878 die Losung aus, die österreichischen Erbländer zum deutschen Reich zurückzubringen. Diese Los-von-Österreich-Bewegung entsprang der alten Sehnsucht nach dem großen deutschen Vaterland und der Verzweiflung über das Schicksal der Deutschösterreicher in dem losgerissenen Vaterland. So begreiflich dieser Gedanke war, so hatte seine Verfolgung doch keinen Zweck, denn nach dem Abschlusse des

---

[1]) Politische Reden, Bd. 9, S. 408 f.

Bündnisses von 1879 wollte sich das deutsche Reich durchaus nicht in die inneren Verhältnisse Österreichs einmengen. Überdies wollte aber Bismarck eine starke Donaumonarchie als Bundesgenossen. Er legte Wert darauf, auf Österreichs gesamte Armee rechnen zu dürfen[1]). Deshalb ermahnte er die Deutschen Österreichs, alles zu unterlassen, was eine Schwächung ihrer Stellung und der Monarchie herbeiführen könnte. In Übereinstimmung mit seinem schon angeführten Urteil von 1882 hat er seine Anschauungen über die Schönerianische Bewegung, über die Aufgabe des Deutschtums in Österreich, sein Verhältnis zur Dynastie gelegentlich einer Huldigung der Deutschösterreicher zu seinem 80. Geburtstag klar geäußert (Friedrichsruh, 15. April 1895). Ebenso klagte er in den ungefähr gleichzeitig geschriebenen „Gedanken und Erinnerungen", daß die „parlamentarischen Exzesse des deutschen Elements in Österreich und die schließliche Wirkung auf die dynastische Politik das Gewicht des deutschnationalen Elements nicht nur in Österreich abzuschwächen drohten" (Schluß des 21. Kapitels). Ähnlich äußert er sich im 29. Kapitel über den „Mangel an Augenmaß für politische Möglichkeiten, infolgedessen das deutsche Element in Österreich die Fühlung mit der Dynastie und die Leitung verloren hat." Schließlich sei noch an den Ausspruch Bismarcks erinnert: „Der deutsche Minister, dem es einfiele, von Österreich etwas erobern zu wollen, wäre reif, gehängt zu werden. Ich meinerseits wäre imstande, wenn die österreichischen Provinzen sich mit Gewalt uns anschließen wollten, deshalb Krieg anzufangen gegen sie." Selbstverständlich galten alle diese Bemerkungen Bismarcks nur für die Dauer des Bestandes der Monarchie. Wenn sie zerfiel, dann — aber erst dann — galt für Bismarck gewiß auch die oben (S. 6) angeführte Anschauung Treitschkes.

Aber diese Mahnungen halfen nichts. So sehr auch Bismarck gerade im Kreise der österreichischen Alldeutschen verehrt wurde, die durch 1866 geschaffenen Verhältnisse waren mächtiger als er. Schönerer, der um die Wiedererweckung des deutschen Geistes und um die Erstarkung ehrlicher, arischer Anschauungen in Österreich sich große Verdienste erworben hatte, erreichte durch sein Schlagwort „Los von Österreich" nur den Erfolg, daß der Gegensatz zwischen den Deutschen und der Regierung wesentlich verschärft wurde, und diese hat in verhängnisvoller Kurzsichtigkeit auch die auf die Stärkung

---

[1]) Politische Reden Bd. 13, S. 114.

des Staatsverbandes abzielende deutschvölkische Arbeit nicht gefördert; sie übersah, wie wichtig ein kräftiges Deutschtum für den Staat war. Tschechen und Madjaren nahmen aber die alldeutsche Bewegung Schönerers zum Anlaß, die Deutschen als „Pangermanen" zu verfolgen und sich gelegentlich als Schützer des Staates aufzuspielen! Ebenso verstanden es die Polen, auf Kosten der in Mißgunst geratenen Deutschen, sich das Wohlwollen der Regierung zu sichern. Die Los-von-Österreich-Bewegung hat aber auch die Deutschen in Österreich zerklüftet, da bei weitem nicht alle diese aussichtslosen Anschauungen teilten. Diese Deutschen wollten die Verneinung Österreichs nicht billigen, die in den Kreisen der Schönerianer gang und gäbe war. Für diese Deutschen behielt Österreich die Bedeutung, die ihm die Großdeutschen und ebenso auch Bismarck zuschrieben. Daß die inneren und äußeren Feinde Österreich immer wieder zerschlagen wollten und es totsagten, war für sie eine Mahnung, für den Bestand einzutreten. Auch die Sorge um das Schicksal der Deutschen in den abzutrennenden Ländern mußte gegen die Pläne Schönerers stimmen. Aus all dem ergaben sich starke Gegensätze, die die innere Widerstandskraft der Deutschösterreicher lähmten[1]).

Derselben Wurzel wie die Los-von-Österreich-Bewegung entsprang auch die Los-von-Rom-Bewegung. Der Rechten, die zur Regierung hielt, gehörten auch die Klerikalen an. In Österreich waren katholische Kirche und Regierung fast ausnahmslos ver-

[1]) Vgl. P. Samassa, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat (Leipzig 1911). R. Sieger, Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk (Zeitschr. f. Politik 1916). Derselbe, Die geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie (Geogr. Zeitschr. 1916). Derselbe, Der österreichische Staatsgedanke und seine geographischen Grundlagen (Wien 1918). Derselbe, Staatsgebiet und Staatsgedanke (Mitt. der geogr. Gesellsch., Wien 1919). Derselbe, Die Deutschösterreicher (Das Neue Deutschland 1915, S. 110ff.). O. Redlich, Österreich-Ungarns Bestimmung (Warnsdorf 1915). K. Hron, Deutschnationale Politik, besonders die Hefte „Abrüstung, Panslavismus und Deutschtum" (Wien 1898) und „Der deutschnationale Ausgleich mit dem Staate Österreich" (ebenda 1899). Fr. v. Wieser, Österreichs Ende (Berlin 1919). Die Verneinung der Bedeutung Österreichs hat mit dazu beigetragen, daß wir in der Achtung der Deutschen und Nichtdeutschen sanken, und auch dazu, daß heute selbst die deutsch-österr. Länder auseinander wollen. Wir sind so, wie Fr. v. Wieser sagt, in die Zeit der Babenberger zurückgeworfen, da diese Länder noch selbständig nebeneinander bestanden. Über die Ablehnung der Zertrümmerung Österreichs durch die reichsdeutschen Alldeutschen vgl. Hasse, Deutsche Grenzpolitik (München 1906) S. 123—146. Hasse spricht sich S. 143 auch gegen die von Schönerer geforderte Ausscheidung der Bukowina und Ungarns aus (vergl. dazu weiter unten).

bunden. Der deutsche Klerus stand aber durch diese Haltung jetzt auch an der Seite der Slaven und hatte kein Verständnis für die Not seines Volkes. In vielen deutschen Gemeinden waren auch slavische Priester bestellt, die ihre Stellung zu rücksichtsloser Werbearbeit mißbrauchten. Um den Klerus als Stütze der deutschfeindlichen Regierung und als Parteigänger der Slaven zu treffen, begann jene Bewegung, die aber ihren Zweck verfehlte. Die Spannung zwischen der Kirche und den Deutschen wuchs, ja es machte sich die Auffassung geltend, daß die Los-von-Rom-Bewegung nur eine andere Form der Los-von-Österreich-Bewegung sei, und daß die erstere ins Leben gerufen wurde, um Österreichs Aufnahme in Deutschland ohne Gefährdung des dortigen Protestantismus zu ermöglichen[1]). So trug diese Bewegung auch zur Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Regierung und den Deutschen bei. Vor allem hat aber die Los-von-Rom-Bewegung zwischen den Deutschen Parteiungen hervorgerufen und wie die Los-von-Österreich-Bewegung die Verfolgung der allen Deutschen gemeinsamen Ziele unmöglich gemacht. Die Spannung zwischen freiheitlichen und klerikalen Deutschen wuchs. Aber auch zwischen den völkischen Deutschen entstand eine Zerklüftung, da nicht alle die Hereinziehung der Religion ins politische Getriebe billigten. Vor allem ging der Einfluß der Freiheitlichen auf die katholischen Bauern der Alpenländer verloren. Wo vordem niemals von einer Spannung zwischen Katholiken und Protestanten die Rede war, wurde sie jetzt hervorgerufen. Deutschgesinnten katholischen Geistlichen wurde die völkische Mitarbeit erschwert, da die katholische Kirche jedem deutschvölkischen Verein mit Mißtrauen gegenüberstand. Nicht jeder katholische Priester wagte das Bekenntnis zu seinem Volk wie der steirische Chorherr und Sänger Ottokar Kernstock:

„Und wenn mein Volk um Hilfe schreit,
Steh' tatenlos und stumm
Ich nicht beiseit'! Mich brennt sein Leid,
Beseligt seine Seligkeit;
Denn auch im priesterlichen Kleid
Civis germanus sum."

[1]) Das erklärte der Alldeutsche Dr. Eisenkolb 1902 in einer Versammlung in Eger und der alldeutsche Abgeordnete Stein 1906 in der österreichischen Delegation. Dazu Samassa, Der Völkerstreit, S. 66 f. Scotus Viator (Seton Watson), Die Zukunft Österreich-Ungarns (1908), S. 17. Die Los-von-Rom-Bewegung benutzte der Tscheche R. Vrba in seiner Schrift „Österreichs Bedränger" (Prag 1903), S. 248 ff. zur Hetze gegen das Deutsche Reich.

Eine deutsche Kirche war mit der Los-von-Rom-Bewegung nicht zu erreichen. Selbst der Mißbrauch, slavische Priester in deutschen Gemeinden zu bestellen, hörte nicht auf.

Aber die durch das Jahr 1866 veranlaßte Politik der Alldeutschen in Österreich hatte noch eine andere Folge. Schönerers Linzer Programm von 1882 forderte, um die slavische Mehrheit zu brechen, auch die Loslösung Galiziens und der Bukowina. Damit wurden die Deutschen in diesen Ländern (1875 war noch unter allgemeinen Jubel die deutsche Universität in Czernowitz errichtet worden!) gewissermaßen aufgegeben und daher lange von den Volksgenossen in Altösterreich vernachlässigt. Man gab dieses Deutschtum, ohne daß man es kannte, als verlorenen Posten auf. Man behauptete, daß jede Unterstützung dieser Deutschen zwecklos wäre. Selbst der deutsche Schulverein (sowohl der Wiener als der Berliner) hat sich dieser Anschauung lange nicht erwehren können, und hat früher für die genannten Volksgenossen nur sehr wenig getan. Man begann sogar mit der Absiedelung dieser Deutschen und hat damit blühende Kolonien gefährdet. Ja, sogar gegen die deutsche Universität in Czernowitz wurde von deutscher Seite Sturm gelaufen. So wüteten die Deutschen infolge des Verhängnisses von 1866 gegeneinander und schwächten ihre eigene Stellung.

Die Schwäche der Regierung und ihr Widerstreit mit den Deutschen ermöglichte es den anderen Völkern, systematisch den Bestand des Staates zu erschüttern und seine Grundlagen zu untergraben. Dabei sind sie von den auswärtigen Mächten planmäßig unterstützt worden. Über diese irredentischen Bestrebungen wird in den folgenden Ausführungen noch manches zu sagen sein. Sie haben eine kräftigere Außenpolitik Österreichs erschwert.

IV

Erschütterung der äußeren Politik Österreichs nach 1866

Wie die innere so macht auch die äußere Politik der Donaumonarchie in den letzten Jahrzehnten keinen günstigen Eindruck. Überall waren Zeichen der Schwäche bemerkbar. Gewiß sind auch die Fehler der Regierung und die Zerwürfnisse unter den Völkern

der Monarchie mitschuldig. Vor allem sind aber dafür die verhängnisvollen Folgen von 1866 maßgebend gewesen.

Außer Deutschland hatte die Donaumonarchie noch zwei politische Betätigungsgebiete: Italien mit der Adria und den Osten. Deutschland war nach der Schlacht bei Königgrätz verloren. In beiden anderen Richtungen konnte Österreich infolge der Entwicklung seit 1866 nicht mehr kraftvoll auftreten.

In Italien hatte Österreich bekanntlich noch 1848/49 seine volle Herrschaft wahren können. Im Krimkrieg aber verfolgte die Monarchie, weil sie sich trotz ihres Bündnisses mit Preußen vor der Wiedervergeltung des letzteren für die Demütigung nach 1849 fürchtete, eine überaus unglückliche Politik. Vereinsamt und mit völlig zerrütteten Finanzen trat Österreich 1859 in den italienischen Krieg ein und mußte, da es sich mit Preußen über dessen Hilfeleistung nicht einigen konnte, die Lombardei an Italien abtreten. Preußen hatte mit seiner Hilfe so lange zurückgehalten, bis es zu spät war. Napoleon III. bot dem österreichischen Kaiser die Wiedererstattung der Lombardei an, wenn Österreich sich angesichts seiner am Rhein zu unternehmenden Operationen ruhig verhalte; aber Franz Josef I. wies diesen Antrag bündig zurück: „Nein, ich bin ein deutscher Fürst." Nach 1866 konnte freilich Napoleon schon mit größerer Aussicht das geschädigte und gekränkte Österreich umwerben!

So war zunächst die Lombardei verloren. Man hatte in Deutschland die Warnungen, die 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung gegen die Losreißungsbestrebungen der Italiener gemacht worden waren, vergessen! Damals war nicht nur die hohe Bedeutung Südtirols für unsere Verteidigung, sondern auch die ebenso wichtige Behauptung Oberitaliens für die Sicherheit Deutschlands und des Zugangs zur Adria betont worden. Nicht nur der Tiroler Flir, sondern auch der preußische General Radowitz hat das scharf hervorgehoben. Und 1861 wiederholte Carl Rotbertus Jagetzow eindringlich die Mahnung, im Interesse Deutschlands den Zugang zur Adria festzuhalten und daher Venetien nicht in die Hände der Italiener fallen zu lassen. „Es ist Leichtsinn, Täuschung und geflissentliche Mißachtung ausdrücklicher Erklärungen, zu glauben, daß die Italiener, wenn sie einen Teil erhalten, sich ihrer Prätentionen auf den Resten des Uferlandes begeben würden[1])."

---

[1]) Man vgl. dagegen den durch 1866 beeinflußten Standpunkt in Einhart,

Aber alle diese Mahnungen nützten nichts!

Im Jahre 1866 entriß sodann Italien, im Bündnis mit Preußen stehend, Österreich den Rest seines oberitalienischen Besitzes (Venetien). Damit begann die Abschnürung Österreichs vom Meer. Dazu kommt, daß Italien auf die Hilfe Deutschlands auch bei weiteren Forderungen rechnete. Nach italienischen Quellen soll Bismarck dem Königreich Südtirol in Aussicht gestellt haben. Jedenfalls hat Crispi wenige Jahre später von ihm die Erfüllung der höchst gespannten Wünsche Italiens zu fordern gewagt. Bei den Verhandlungen in Gastein 1877 bemerkte Crispi, Gastein bedeute für ihn die „wahre Grenze Deutschlands in den Alpen". Selbstverständlich hat Bismarck von all dem nichts wissen wollen. Aber Italien setzte seine Bestrebungen fort, und seitdem es Mitglied des Dreibundes geworden war, konnte es unter dessen Schutz die Irredenta fördern, die mare nostro-Politik aufbringen und sich in Albanien festsetzen. Das zerrüttete Österreich konnte ihm nicht Halt gebieten, denn Italien mußte als Bundesgenosse gegen Frankreich und Rußland warm gehalten werden. Bei der Erneuerung des Dreibundes im Februar 1887 sah sich Österreich infolge des Druckes Bismarcks (vgl. A. F. Přibram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I) genötigt, Italien jenen verhängnisvollen § 7 zu bewilligen, demzufolge der Status quo im Orient möglichst zu erhalten war; sollte dies aber unmöglich werden, so würden Änderungen nur nach dem Grundsatz gegenseitiger Kompensationen erfolgen können. Auch später mußte Österreich auf Wunsch des Deutschen Reiches Italien entgegenkommen.

Durch den Dreibundvertrag war nun allerdings, wie Bismarck zu Crispi 1887 in Friedrichsruh sagte, Europa ein Dienst erwiesen worden, aber Österreich wurde mit einer schweren Verpflichtung belastet, auf deren Einlösung Italien nach der Annexion Bosniens 1908 rechnete und die es im Kriege zur Geltung brachte.

Um Italien nicht zu reizen, mußte sich Österreich überdies alles gefallen lassen. Man wußte genau, daß das Königreich trotz aller Ableugnungen die Irredenta in Österreich fördere; verräterische österreichische Italiener wurden in Italien verherrlicht; Reichs-

---

Deutsche Geschichte: „daß der Besitz der Lombardei nur ein Vorteil des Hauses Habsburg, nicht ein solcher des deutschen Gesamtvolkes sei." Noch seltsamer berühren die Bemerkungen bei Herkner, Deutschland und Deutschösterreich, S. 49. Da liest man: „Triest konnte als italienischer Hafen ebenso gut wie Genua der deutschen Volkswirtschaft dienen" u. dgl. m.

italiener und ihre Vereine unterwühlten die italienischen Landesteile Österreichs. Und das alles wurde geduldet; man wagte kaum, die Irredentisten vor Gericht zu ziehen, noch weniger aber, sie der verdienten Bestrafung zuzuführen. So verlor Österreich im Süden immer mehr an Einfluß; besonders auch deshalb, da es auch den Mächten, die von Osten nach der Adria griffen, nicht wehren konnte. Dem schönen Ausspruch Bismarcks: „Wer an Triest rührt, rührt an die Spitze des deutschen Schwertes" konnte daher kein Nachdruck verliehen werden. So ging die Adria und die Brennerstraße dem deutschen Volke verloren. Österreich hat in Italien nicht nur Hausmachtpläne, sondern auch allgemeindeutsche Interessen vertreten.

Die Orientpolitik war für Österreich nichts Neues. Jahrhunderte lang war Österreich eine Vormauer Europas gegen die Türkei gewesen. Freilich wurde Wien in diesen Kämpfen von Deutschland unterstützt, wie ja anderseits oft auch österreichische Heere am Rhein gekämpft haben. Seit der Niederwerfung der türkischen Macht und gezwungen durch den Napoleonischen Umsturz hat Österreich sein Augenmerk vor allem auf den Westen gerichtet. Diese Zeit hat Rußland benützt, um inzwischen seinen Einfluß im Osten zur Geltung zu bringen und so die Pläne, die schon Peter der Große und Katharina II. mit Nachdruck verfolgt hatten, zu verwirklichen. Schritt für Schritt hat es, gefördert durch seine Stellung in der heiligen Allianz, in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in den Donaufürstentümern und am Balkan seinen Einfluß zur Geltung gebracht, und ganz offen verkündeten schon Alexander I. (1812) und nach ihm Nikolaus I. (1853) ihre Absicht, sich mit allen möglichen Mitteln und Lockungen diese Länder gefügig zu machen. Auch die panslavistischen Umtriebe hatten schon damals in Österreich eingesetzt. Die große Gefahr der russischen Politik ist allgemein erkannt worden. So hat schon Thiers in seinen Geschichtswerken 1842 und 1851 auf das „Ungeheuer des moskowitischen Ehrgeizes, das die Welt in Schrecken versetzt und die benachbarten Länder bedroht", hingewiesen, und Graf Cavour führte 1855 aus, daß Rußland durch die Besetzung Konstantinopels die absolute Vorherrschaft über das Mittelländische Meer und ein unwiderstehliches Übergewicht im Rate Europas erhalten werde. Aus ähnlichen Bedenken veranlaßte England schon 1809 für Rußland die Sperrung der Meerengen (Bosporus und Dardanellen).

Für Österreich war aber diese Gefahr besonders groß. Schon

hatte die zersetzende panslavistische Propaganda überall begonnen; schon hatte General Paskiewitsch die Losung ausgegeben, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien gehe. Rußland hielt sich Österreich gegenüber nicht mehr verpflichtet, denn dieses hatte sich durch seinen angeblichen Undank gegenüber Rußland während des Krimkrieges dessen Gunst verscherzt. Diese dem Osten Deutschlands drohende Gefahr erkannten auch die Großdeutschen vollauf. Deshalb betonten sie so stark die Wahrung der deutschen Interessen im Osten (Freihaltung des Weges zu den Donaumündungen). Darum warnte Uhland vor der Loslösung Österreichs, weil dieses dann die deutschen Interessen im Osten nicht wahren könnte. Und noch nachdrücklicher hat Moritz Hartmann darauf hingewiesen, daß die Schwächung Österreichs eine Stärkung Rußlands bedeute. Moltke und V. A. Huber betonten schon damals sehr nachdrücklich, daß Deutschlands Interessen und seine Politik vorwiegend auf den Osten gewiesen sind. Der österreichische Staatsmann Bruck, ein hervorragender Vertreter des großdeutschen Gedankens, redete dem einträchtigen Vorgehen Österreichs und Preußens im Orient das Wort. Beide Mächte sollten Rußland freundschaftlich in seine Schranken zurückweisen und den Westmächten die Einmischung in die Balkanfragen wehren. Dagegen hat man leider in kleindeutschen Kreisen die Gefahr wohl mit Absicht übersehen und die deutschen Belange im Osten geleugnet; denn sie anerkennen, hieße die Fehler des kleindeutschen Standpunktes eingestehen. Da nun der kleindeutsche Standpunkt 1866 das Feld behauptete, so fand Österreich in der Folge in der orientalischen Frage nicht die nötige Unterstützung. Bismarck wollte bekanntlich für die deutschen Interessen im Osten nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers opfern. Daher war er (man lese seine „Gedanken und Erinnerungen") stets gegen stärkere Inanspruchnahme Preußens und Deutschlands zugunsten der österreichischen Orientpolitik. Dazu kam, daß er Rußland zunächst während des Kampfes mit Österreich, dann wegen der Revancheabsichten Frankreichs stets in guter Stimmung erhalten wollte, schließlich auch, weil er dem deutschfeindlichen Treiben der Nichtdeutschen in Österreich nicht traute. Rußland kam das Mißtrauen, das beide deutschen Vormächte noch lange nach 1866 gegeneinander hegten, zugute[1]). Von

[1]) Über das andauernde Mißtrauen zwischen Preußen und Österreich nach 1866 vgl. man Bismarcks Gedanken und Erinnerungen; Wertheimer, Graf Julius Andrassy II.; Friedjung, Der Ausgleich mit Ungarn, S. 74 ff.

Einfluß war auch die bekannte Zuneigung Wilhelms I. für Rußland. So war Bismarck Rußland gegenüber stets entgegenkommend; er meinte, daß dadurch Österreich in seiner Unabhängigkeit und Großmachtstellung nicht gefährdet sei. Die Widersprüche, die sich aus diesem Werben um Rußland gegenüber den österreichischen und deutschen Interessen ergaben, bereiteten Bismarck oft genug die größten Schwierigkeiten und bildeten geradezu ein tragisches Moment in seiner Politik. Es gehörte die ganze diplomatische Kraft dieses gewaltigen Mannes dazu, um die Einwürfe gegen das rußlandfreundliche Verhalten zu bannen, wie zum Beispiel in seiner großen Rede vom 19. Februar 1878, als ihm vorgeworfen wurde, daß durch Rußland das germanische Interesse gefährdet werde, das seinen Ausdruck im Interesse Österreichs finde. Er wollte und konnte nicht zugeben, daß es sich bei der orientalischen Frage darum handle, ob das germanische oder das slavische Element in Zukunft herrschen werde; und so sprach er von einem „angeblichen Interesse der Donaudampfschiffahrt von Regensburg herunter, mit dem viel Humbug getrieben werde". Auf dem Berliner Kongreß vertrat Bismarck Rußlands Interessen — wie er selbst sagte —, als ob er ein russischer Bevollmächtigter gewesen wäre[1]). Weil aber Rußlands unbescheidene Forderungen nicht erfüllbar waren, so kam es zu jenen Drohungen, die Bismarck zum Abschluß des Bündnisses von 1879 mit Österreich veranlaßten. Aber auch später sah sich Bismarck genötigt, Rußland weit entgegenzukommen. So kam es, daß er den Russen Konstantinopel überlassen wollte und die Teilung der Balkanhalbinsel in eine russische und österreichische Interessensphäre für entsprechend hielt. Als Österreich in den achtziger Jahren, von der panslavistischen Wühlarbeit Rußlands auf das härteste bedrängt, die Festsetzung Rußlands in Bulgarien nicht dulden wollte, erklärte Bismarck am 11. Januar 1887, daß es Deutschland vollständig gleichgültig sei, wer in Bulgarien regierte und was aus Bulgarien überhaupt werde. „Ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage . . . Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien."

Um gegen Rußland, das damals auch in Serbien wühlte, eine Deckung zu haben, mußte Österreich im Februar darauf bei der

[1]) Politische Reden, Bd. 12, S. 462.

Erneuerung des Dreibundes dem Königreiche Italien die Erhaltung des Status quo am Balkan oder entsprechende Kompensationen versprechen, also in einen überaus gefährlichen Vertragspunkt willigen. Bald darauf hat Bismarck mit Rußland den „Rückversicherungsvertrag" geschlossen, der, wenn er auch nicht gegen Österreich gerichtet war, doch Rußland in seiner Begehrlichkeit gegen die Monarchie bestärkte. Gewiß hat Bismarck, der alles zum Schutze seines Vaterlandes vor Frankreich unternommen hat, nicht verkannt, daß dadurch Österreichs Stellung im Osten schwer litt. Die Veröffentlichung des Vertrages von 1879 kurz nach dem Abschluß des „Rückversicherungsvertrages" darf als Zeichen genommen werden, daß Bismarck es mit der Erhaltung der Donaumonarchie ehrlich meinte, zugleich aber auch, daß diese damals schon sehr gefährdet war. Durch die Veröffentlichung des alten Zweibundvertrages (3. Februar 1888) wurden die klaren, uneingeschränkten Bestimmungen von 1879 gegenüber Rußland trotz des etwas verklausulierten Dreibundvertrages als zu Recht bestehend anerkannt. Unterstützt wurde diese Demonstration auch noch durch die am 6. Februar 1888 gehaltene Rede Bismarcks im Reichstag, in der er sich zur Freundschaft mit Österreich-Ungarn bekannte und Rußlands unzuverlässige und drohende Stellungnahme mit starken Worten kennzeichnete (oben S. 14). So bewegte sich das Verhältnis zu Rußland in Gegensätzen, die als Zeichen seiner Unhaltbarkeit gelten müssen. Mit Recht sagt M. Lenz, Die großen Mächte (1900), daß Bismarck den Eckstein seiner Politik, die Freundschaft mit Rußland, schon 1879 hatte umstoßen müssen.

Bismarck war bekanntlich der Ansicht, daß die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages nach seiner Entlassung ein Fehler war. Die Deutung, als hätte er Österreich im Stich lassen wollen, wies er stets auf das entschiedenste zurück. Er wollte durch das System seiner Verträge den Koalitionskrieg verhindern und behauptete, daß dies auch Österreich Vorteile brächte. Aber wer war nach seinem Rücktritt geeignet, seine Politik fortzuführen? Wer sollte wie er die Staaten als Schachfiguren benützen und sie dorthin stellen, wo er sie gerade benötigte? Überdies verlor diese Diplomatie gegenüber Rußland immer mehr an Sicherheit, weil das offizielle Rußland durch die panslavistische Nebenregierung verdrängt wurde, die sich an Abmachungen nicht gehalten hätte. So wertvoll die Erhaltung des Friedens durch Bismarcks Politik war, so ist doch nicht die Folgeerscheinung zu übersehen, daß Österreich

durch die von Rußland und seinen Bundesgenossen geförderte Wühlarbeit innerlich vollständig verfiel und nach außen alles Ansehen verlor. Das Streben, das äußerliche friedliche Verhältnis zu Rußland zu erhalten, erleichterte es diesem Staate, seine Wühlarbeit im Innern der Monarchie ebenso erfolgreich zu betreiben, wie das Bundesverhältnis zu Italien die italienische Irredenta förderte.

Die asiatischen Pläne Rußlands haben zu Ende des 19. Jahrhunderts und in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Spannung nochmals verringert. Kaum hatte sich aber Rußland nach der Niederlage im japanischen Kriege dem Westen wieder zugewandt und seine Balkanpläne wieder aufgenommen, so kam es zur Krise von 1908. Rußland hatte wieder einmal Österreich die vollständige Besitznahme Bosniens und der Herzegowina zugestanden, sich dann aber dennoch den Gegnern der Annektierung angeschlossen. Daß Österreich 1908 kräftig auftreten konnte, ist allein dem Umstande zuzuschreiben, daß Deutschland damals seine zurückhaltende Stellung in der Orientfrage aufgab[1]).

Die Gründe dafür waren folgende: die von Bismarck veranlaßte Unterschätzung der orientalischen Frage war auch dadurch genährt worden, daß sich Deutschland der Übersee zuwendete und im Osten keine wirtschaftlichen Interessen wahren zu müssen glaubte. Mit dieser Irrmeinung begann man in Deutschland am Anfang des 20. Jahrhunderts aufzuräumen[2]). Deutschlands gewaltige Arbeitskraft suchte nach neuen Absatzgebieten. Es setzte damals wieder eine starke Agitation für die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zum Südosten ein, und rasch nahmen Deutschlands Handelsbeziehungen einen neuen Aufschwung. Es sei nur als Beispiel erwähnt, daß die Einfuhr Deutschlands nach Serbien 1905 bloß 11,57 vom Hundert der Gesamteinfuhr Serbiens ausgemacht hat, 1909 aber schon auf 39,24 vom Hundert gestiegen war. Die Ausfuhr aus Serbien nach Deutschland hatte 1905 bloß 2,94 vom Hundert der Gesamtausfuhr Serbiens betragen und stieg in derselben Zeit auf 16,77 vom Hundert. Zu dieser Entwicklung hat der österreichisch-serbische Zollkrieg beigetragen. Ebenso hob sich aber auch der Verkehr mit den anderen Ländern im Südosten. Der deutsche Handel, die deutsche Industrie und die deutschen Banken fanden in Ru-

[1]) Bekanntlich hatte sich zwei Jahre früher Österreich in der Marokkokrise über die Bundespflichten hinaus auf die Seite Deutschlands gestellt.

[2]) Vgl. meine Schrift „Deutsche Siedlung im Osten".

mänien und am Balkan ein erfolgreiches Arbeitsgebiet. Dazu kam, seitdem die Einkreisungspolitik Englands begonnen hatte, auch die politische Erkenntnis, daß der Weg unserer gemeinsamen Feinde nach Berlin über Wien gehe, oder, wie sich Graf Ernst zu Reventlow ausdrückt[1]): „Man erkannte, daß die Losung der Feinde sei: gegen das Deutsche Reich über Österreich-Ungarn." Das kam in der Haltung Deutschlands zur Zeit der Annexion Bosniens und der Herzegowina zum Ausdruck (1908). Fürst Bülow sagt über die damalige Stellungnahme Deutschlands in seiner „Deutschen Politik": „Das deutsche Schwert war in die Wagschale geworfen, unmittelbar für unsere österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, mittelbar für die Erhaltung des europäischen Friedens und vor allem und in erster Linie für deutsches Ansehen und die deutsche Weltstellung." Jetzt also verließ man den kleindeutschen Standpunkt in der Orientpolitik und stellte sich in schimmernder Wehr an die Seite Österreichs. Aber es ist bekannt, daß sich an diese Ereignisse recht unerquickliche Erörterungen in der deutschen Öffentlichkeit geknüpft haben, und in den nächsten Jahren gegen das Bündnis mit Österreich nicht wenig geeifert wurde. Man konnte damals Stimmen hören, daß die Österreicher als recht entfernte Anverwandte der Unterstützung durch das Deutsche Reich nicht wert seien, man möge der bestehenden „Partnerschaft" ein Ende machen und sich an Rußland anschließen; „der Starke sei am mächtigsten allein"[2]). Ja, auch die deutsche Regierung ließ Österreich im Stich, als sie die Revision des Bukarester Friedens forderte (1913). Österreichs Stellung im Osten erlitt dadurch eine neue Erschütterung. Aber auch für die gemeindeutschen Interessen nahte die Erfüllung des Verhängnisses, das durch die Zerreißung Deutschlands 1866 hervorgerufen worden war.

Dem deutschen Volk wurde infolge der Entwicklung seit 1866 ein gewaltiger Kampf aufgedrängt, dem beide Bundesgenossen wegen der in den Kapiteln II, III und IV geschilderten, durch das Jahr 1866 veranlaßten Verhältnisse nicht gewachsen waren. Der Ausbruch des Krieges

---

[1]) Deutschlands auswärtige Politik 1888—1893 (Berlin 1913).

[2]) Kaindl, Deutsche Siedlung im Osten, S. 12 f. Ferner auch Reventlow a. a. O., S. 334 ff. Vgl. den Anfang des folgenden Kapitels. Ebenso wurden aber auch Stimmen für das Bündnis laut, die z. T. auch in „Deutsche Siedlung" angeführt sind.

und sein unglücklicher Ausgang ist nur der Abschluß einer langen Entwicklung, die Folge des Aufgebens des großdeutschen Gedankens.

Leider wird aber von mancher Seite versucht, für das Unglück Österreich verantwortlich zu machen. Mit Unrecht. Das soll in den folgenden zwei Kapiteln dargelegt werden.

V

Österreich-Ungarn und der Ausbruch des Weltkrieges

Wer die äußere Politik Österreichs in den letzten fünfzig Jahren überblickt, muß leider gewahr werden, daß die Monarchie Gefahr lief, alles Ansehen zu verlieren. Sie war infolge des Verhängnisses von 1866 kraftlos; nur 1908/09 anläßlich der Annexion Bosniens hat Deutschland seine Zurückhaltung in der Unterstützung der Balkaninteressen aufgegeben, und damals konnte Österreich nochmals seinen Gegnern mit Ehren entgegentreten. Diese Erscheinung kam vielen überraschend. Graf Ernst zu Reventlow führt in seinem Werke „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1913" folgenden bezeichnenden Zug an: Als er 1909 gegenüber dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter der Besorgnis Ausdruck gab, daß die deutsche Politik vielleicht über die Grenzen des eigenen Österreichs Interesse verfechte, da antwortete der Staatssekretär, zu solchen Besorgnissen sei kein Anlaß vorhanden, man müsse in Deutschland vielmehr das Gefühl der Befriedigung empfinden, daß Österreich-Ungarn gezeigt habe: „Hei lebet noch, hei lebet noch"! — Österreich galt also auch schon den Freunden infolge seiner schwächlichen Politik für absterbend.

Und doch machte man Österreich wieder auch den Vorwurf, daß es 1914 in seinem Auftreten gegen Serbien rücksichtslos gewesen sei und ohne Not Deutschland in den Kampf hineinriß. Hatten sich schon nach 1908 deutsche Stimmen gefunden, die die deutsche Hilfeleistung nicht billigten und Österreich und das Bündnis angriffen, so ist das nach der Katastrophe von 1918 noch mehr der Fall. Fürst Lichnowsky bezeichnete das Vorgehen Österreichs gegen Serbien vor dem Kriegsausbruch geradezu als „Pandurenpolitik". Selbst in den alldeutschen Kreisen Österreichs vergaß man, daß das Linzer

Programm „die Entfaltung einer kräftigen und zielbewußten Balkanpolitik, insbesonders die Wahrung der österreichischen Interessen an der unteren Donau und in den Balkanländern" gefordert hatte und machte der Regierung wegen ihrer „kriegerischen Balkanpolitik" Vorwürfe.

Zwei Anschauungen stehen sich also schroff gegenüber. Um ein billiges Urteil zu fällen, muß man zunächst die Entwicklung der serbischen Frage und die Eigenart der Serben ins Auge fassen[1]).

Die großserbischen Treibereien begannen schon 1804, als der Aufstand der Serben gegen die türkische Herrschaft losbrach. Die Serben erneuerten die schon seit Peter dem Großen bestehenden Beziehungen zu Rußland, das sich als Schützer der von den Türken bedrängten Christen aufspielte. Bis Montenegro hatte damals Rußland schon seine Fäden gesponnen. Österreich mußte es dulden, denn es bedurfte der Hilfe der Russen gegen Napoleon. Schon damals hatte diese Bewegung auch die Serben der Habsburger Monarchie ergriffen. Der orthodoxe Metropolit von Karlowitz, Stratomirović erörterte in einer nach Rußland gesandten Denkschrift den Plan, alle Serben mit russischer Hilfe zu befreien und unter einem orthodoxen oder protestantischen Herrscher zu vereinigen. Schon damals also setzte das großserbische Programm ein, nicht aber erst seit 1903, wie das österreichische Rotbuch von 1914 durch seine einleitenden Sätze anzudeuten scheint.

Etwa zwanzig Jahre später begann der slowakische Gelehrte Safařik, damals Professor am serbischen aus kirchlichen Fonds erhaltenen Gymnasium in Neusatz (Südungarn), mit der Veröffentlichung seiner Forschungen, nach denen der Name „Serben" (= Sporen) der älteste Slavenname wäre. Der Begründer der neuserbischen Sprache und Literatur Vuk Karadzić (ein Bauernsohn aus Serbien) behauptete, daß auch die Kroaten „Serben römischen Glaubens" seien. „Vuks Werke," so bemerkt der serbische Geschichtsschreiber St. Stanojević, „in denen bedeutende Schätze an Volkstradition, Sprache und Volkssitten aufgestapelt waren, boten reiche Nahrung für übertriebene Begeisterung für das Volk und alles, was volkstümlich ist." Spätere Serben haben diese Begeisterung durch gelehrte Märchen noch weiter erhitzt, so daß diese Darstellungen auf die Serben ungefähr ebenso wirkten, wie die gefälschte Königinhofer Handschrift auf die Tschechen. Die Ser-

[1]) Die wichtigsten Schriften zur folgenden Darstellung sind in meiner Abhandlung im Handbuch der Politik, 2. Bd., aufgezählt.

ben haben nach dieser „geschichtlichen" Darstellung durch dreitausend bis viertausend Jahre mit den Chinesen gekämpft, wurden dann nach Sibirien gedrängt, von dort aus besiedelten sie ganz Europa, kamen nach Indien, Vorderasien und Afrika. Die Serben haben somit eine Vergangenheit von fünftausend Jahren hinter sich, sie werden als „größtes Volk des Planeten" bezeichnet, als „mächtigstes Volk des Erdenrunds", „ein Volk, dem tatsächlich die ganze Welt untertan sein sollte", „das Volk, in dem Christus selbst geboren wurde", „das die christliche Lehre aus dem Munde der Apostel selbst vernommen hatte".

Verbunden mit der Tradition der orthodoxen byzantinischen Kirche erregte diese Lehre bei den Serben einen rücksichtslosen Größenwahn. Dazu kam noch der Umstand, daß der an und für sich leidenschaftliche Charakter der Serben durch die jahrhundertelangen Wirren und Kämpfe, ferner auch durch Blutmischung mit balkanromanischen Nomaden ungünstig beeinflußt wurde. So erklärt sich das wilde rücksichtslose Auftreten der Serben in der folgenden Entwicklung. Übrigens kommt dieser Charakter der Serben in den geradezu schrecklichen Verbrecherziffern Serbiens zum Ausdruck. „In einer Bevölkerung von 2 700 000 Seelen sind von 1897 bis 1906 in jedem Jahre durchschnittlich 669 Personen durch Mörderhand gefallen!" Man erinnere sich aber auch daran, daß die radikale Partei im Jahre 1890 durch 344 politische Morde zur Herrschaft kam; man erinnere sich an die Fürstenmorde in Serbien und an die Ausrottung der Albanesen im Paschalik von Nisch 1878 bis 1883. Auf die bekannten Kriegsgreuel soll hier gar nicht verwiesen werden[1]).

Wie anderwärts bot auch den Serben Südungarns das Jahr 1848 Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Forderungen. Auf ihrem Nationalkongreß in Karlowitz erklärten sie sich als politisch freie Nation und vertraten ihre Forderungen mit scheußlicher Wildheit. Kinder wurden an die Kirchentüren genagelt, Weiber geschändet, Männer qualvoll am Spieße geröstet. Schon damals und ebenso seit 1861 beanspruchten die Serben für ihre „Wojwodina" den

---

[1]) Wer diese Charakteristik zu hart findet, lese bei W. Georgewitsch, Die serbische Frage (Stuttgart 1909), S. 119 f. die Schilderung der Serben nach, die der Belgrader Gelehrte Zoiič bietet. Schon das Zugeständnis, daß die Serben unter Umständen „antisozial" sind, genügt. Aber auch manche geschichtlichen Züge, die der Serbe Georgewitsch in seiner Schrift erzählt, charakterisieren die Serben in unserem Sinne. Vgl. auch Kaindl, Die Volkskunde (Wien 1903), S. 57.

Banat, Bacs, Baranya und Syrmien, letzteres Gebiet von den Kroaten. Das hat mit dazu beigetragen, daß die Kroaten ihrem Ausgleich mit Ungarn zustimmten. Schon erklärte Starcević: Die Kroaten wollen nur Kroaten sein. Das Allserbentum wurde ihnen schon gefährlich.

Gerade damals wurde dem allserbischen Programm ein schärferes Gepräge gegeben. Der serbische Revolutionär Milowan Janković bezeichnete Serbien als das „Piemont des Balkans". „Die Mission Piemonts ist es, alle italienischen Länder von Habsburgischer Herrschaft mit Hilfe österreichfeindlicher Mächte zu befreien. Dann zu vereinigen. Diese Mission hat auch Serbien." Janković warb zunächst in der Schweiz, dann in Südungarn für seine Idee (1866). Wie rasch sein Schlagwort durch die Omladinabewegung[1]) Anerkennung fand, geht daraus hervor, daß Fürst Nikolaus von Montenegro schon am 26. September 1866 auf seinen Thron zugunsten Serbiens verzichten wollte, wenn Fürst Michael Obrenowitsch vorerst alle anderen serbischen Länder vereinigen würde. Da Fürst Michael der Omladina zu langsam vorging, wurde er 1868 ermordet. Auch sein Nachfolger Milan stand zunächst ganz im Banne des „serbischen Piemonts". Erst vor seiner Königskrönung (1882) näherte er sich Österreich; die Folge davon war, daß er 1889 zugunsten seines Sohnes Alexander verzichten mußte. Seither hat die radikale Partei, die sich den Weg zur Macht durch 344 politische Morde bahnte, allen Einfluß. Ihr Programm war die Befreiung und Vereinigung aller Serben mit russischer Hilfe. Dieses Nationalprogramm fand seinen klassischen, den neuen Verhältnissen angepaßten Ausdruck in der Schrift „La Bosnie et l'Hercègovine", die 1899 von Miroslov J. Spalajković, einem Stipendisten der serbischen Regierung und späteren serbischen Gesandten in Petersburg, in Paris herausgegeben und bezeichnenderweise von der Faculté de droit de Paris preisgekrönt worden war. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Serbien und Montenegro müssen Bosnien und die Herzegowina gewinnen. Das einzige Hindernis liegt in dem ewigen Widerstreit der zwei Ideen, jener eines Großserbiens und jener eines Österreich als Balkanmacht. In Belgrad und Cetinje hegt man die Hoffnung, alle

[1]) Die serbische Omladina (Jugend), ursprünglich in Preßburg von serbischen Studenten gegründet, war ein literarischer Verein. 1866 erhielt er eine neue Organisation. Der Hauptausschuß befand sich in Neusatz (Südungarn); Unterausschüsse entstanden überall in den serbischen Orten dies- und jenseits der Sawe.

Slaven der Balkanhalbinsel in einer verhältnismäßig starken Nation zu vereinigen. Die Bestimmungen des Berliner Kongresses können nur provisorisch sein, Bosnien und die Herzegowina hätten Serbien zugewiesen oder autonom unter einen serbischen Prinzen gestellt werden sollen; jede Annexion Bosniens durch Österreich ist ausgeschlossen. Österreich ist nur ein Pionier des deutschen Dranges nach Osten, es bedrückt die Serben aufs äußerste. Spalajković ergeht sich in heftigen Anklagen gegen Österreich, bezeichnet es als nicht lebensfähigen Staat, ruft die Intervention der Mächte zugunsten der Unterdrückten an und legt insbesonders auch dar, daß es in Frankreichs Interesse liege, die durch die gewaltsame Politik Bismarcks und Andrassys bedrängten Serben zu schützen. Rußland wird als selbstloser Befreier der orthodoxen Völker bezeichnet, aber es wird auch schon der spätere Grundsatz: Der Balkan den Balkanvölkern, angedeutet.

Man ersieht aus dieser Darlegung, daß Spalajković nach erprobtem allslavischen Rezept, das man zum Beispiel auch bei den Tschechen wiederfindet, gearbeitet hat. Bezeichnend ist, daß er sofort auf wichtigen politischen Posten in Serbien Verwendung fand und so Gelegenheit hatte, für seine Ideen zu wirken. Seine Schrift, die in französischer, englischer und deutscher Sprache erschienen ist, hat neben dem in denselben Weltsprachen gedruckten Werk des Seton Watson (Scotus Viator): Die südslavische Frage im Habsburger Reich (Berlin 1913), den Haß gegen Österreich-Ungarn in hervorragendem Maße geschürt. Friedjung bezeichnete Spalajković als die Seele der Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn.

Nachdem König Alexander und die Königin Draga 1903 ermordet worden waren, wurde von Belgrad aus der allserbische Gedanke noch rücksichtsloser vertreten. Alle in den folgenden Jahren die Regierung leitenden Staatsmänner bekannten sich offen zu diesem Programm. Zu seiner Verwirklichung wurde im März 1904 für den neuen König Peter Karageorgiewitsch ein Agitationsprogramm abgefaßt:

1. Bündnis mit Montenegro. Der Fürst muß sich verpflichten, eine gemeinsame von Belgrad aus dirigierte auswärtige Politik zu machen.

2. Verständigung mit Bulgarien über Reformen in Makedonien und Altserbien. Abschluß einer Zollunion behufs Erweiterung des serbischen Wirtschaftsgebietes.

3. Wirtschaftliche Emanzipation von den österreichisch-ungarischen Märkten; zielbewußte Förderung der handelspolitischen Interessen der Westmächte, Rußlands und Italiens in Serbien als bestes Mittel, die großserbische Idee in Europa populär zu machen.

4. Förderung der Koalitionsidee der kleinen serbischen und serbenfreundlichen Parteien in Kroatien behufs Unterstützung der ungarischen Unabhängigkeitspartei in ihrem Kampfe gegen Krone und Dualismus.

5. Agitation in Bosnien behufs Anschlusses an Serbien. Diskreditierung der dortigen österreichisch-ungarischen Administration durch systematische publizistische Propaganda und Nährung der Unzufriedenheit der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina.

Dieses Programm kam sofort in Anwendung. Bei der Königskrönung (September 1904) wurde André Barre, Korrespondent des Courier Européen, zum König zur Privataudienz berufen. Man erfuhr, daß er mit der Herausgabe eines Buches über Bosnien betraut worden sei. Anfang 1906 erschien es. Es war eine mit Hilfe des 1901 in Berlin gedruckten Pamphlets von Nikašinović hergestellte Schmähschrift, die mit einem unverschämten Schreiben Barres an den Kaiser Franz Josef begann, und deren Zweck es war, die angebliche Mißwirtschaft der Monarchie in Bosnien der breitesten Öffentlichkeit vorzulegen. Demselben Zwecke dienten auch viele massenhaft nach Bosnien gebrachte Flugschriften, die die Bewohner des Landes gegen die „verhaßten Österreicher und Madjaren" zum Kampf aufriefen: „Schlagt sie wie Hunde nieder und ruhet nicht, bis der letzte Fremdling das serbische Bosnien verlassen hat. . . . Serbien steht bei euch und wird euch nicht verlassen." Auch da wurde Kaiser Franz Josef schmählich beschimpft, König Peter, der zukünftige „serbische Kaiser", verherrlicht. Die Soldaten wurden durch besondere Flugschriften zum Eidbruch aufgefordert. Ein ganzes Heer von großserbischen Agitatoren durchzog das Land.

Im Oktober 1904 äußerte sich der serbische Kronprinz zu dem in seinem Gefolge reisenden Publizisten Leopold Mandl: „Bosna je naša" (Bosnien ist unser!), indem er auf die panslavistischen Neigungen der Slaven in der Monarchie hinwies. Leider mit Recht.

Unter den Serben der Monarchie hat insbesonders jenes Treiben eingesetzt, das zur Bildung der kroatisch-serbischen Koalition und zum Agramer Hochverratsprozeß führte. Schon 1906 vereinbarte

Vesnič in Paris mit den Jungtürken einen Pakt zur Revolutionierung Bosniens und der Herzegowina. Ebenso begann Serbien damals stärker als früher die Handelsinteressen Österreichs zu schädigen, ja sich als Sperrblock vor die nächsten Handelswege Österreich-Ungarns nach dem Balkan zu legen. Dieses Vorgehen entsprach dem § 3 des Aktionsprogramms von 1904. Das Verhalten der Agrarier der Donaumonarchie darf also nicht, wie das oft geschieht, einseitig zur Verantwortung gezogen werden.

Als die Monarchie Bosnien und die Herzegowina nach dreißigjähriger Kulturarbeit annektierte, um sie nicht in die Hände Serbiens fallen zu lassen, erscholl in der Skuptschina der Ruf: „Krieg gegen die Räuber!" Selbst die Frauen stellten sich zu Diensten im Kriege bereit. Die Kirchenfürsten verkündeten von der Kanzel, die Nation sei in Gefahr; jeder orthodoxe Serbe solle sein Leben für die nationale Unabhängigkeit und Zukunft einsetzen. Der serbische Minister des Äußeren erklärte unter allgemeiner Zustimmung: „Österreich drängt dem ganzen Serbentum in einer näheren oder weiteren Zukunft einen riesigen Kampf auf, einen Kampf auf Leben und Tod." Und Stojan Protić, einer der Führer der altradikalen Partei und späterer Minister, sagte am 3. Januar 1909: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann einen Frieden und eine gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz einzunehmen." Ähnliches forderte der Sozialist Ljuba Stojanović. Der serbische Gelehrte J. Zvijić erklärte in seiner Schrift „Annexion Bosniens und der Herzegowina und das serbische Problem" (Belgrad 1908): „Das serbische Problem muß mit Gewalt gelöst werden." Die „Politika" führte am 6. Februar 1909 aus: „Entweder muß Europa unseren Ansprüchen nachgeben, oder es wird zu einem schrecklichen und blutigen Kriege kommen." Die Zeitschrift „Piemont", die der serbische Offiziersverein „die schwarze Hand" eigens zu diesem Zwecke begründet hatte, reizte seit 1910 die Serben und Kroaten der Monarchie systematisch zu Attentaten gegen Persönlichkeiten in leitender Stellung auf. Sonst betrieb diese Zeitschrift, wie schon ihre Name besagt, die Propaganda für die Befreiung Bosniens, Dalmatiens, Kroatiens und der anderen serbischen Länder vom österreichisch-ungarischen Joche[1]).

[1]) Weitere derartige Stimmen sind gesammelt im österreichisch-ungarischen Rotbuch, diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914 (Wien 1915), S. 48 ff.

Und wem dies alles noch nicht genügt, der nehme zur Kenntnis, daß der serbische Konsularbeamte Jemović 1916 in Odessa mit Genehmigung der russischen Zensur ein Buch „Der Friede und die nationale Gleichberechtgiung" erscheinen ließ, in dem er für die Serben den unvergleichlichen Ruhm in Anspruch nimmt, daß sie als schwacher Kleinstaat durch langjährige, beharrliche Arbeit den Weltkrieg zu entfesseln vermochten. Damit stimmen auch die Ausführungen des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers in Berlin, Dr. Bogitschewitsch überein.

Aber die Hauptsache war, daß Serbien nur deshalb so auftrat, weil hinter ihm stärkere Mächte standen. Es ist offenkundig, daß Serbien als Sturmbock benützt wurde, um Österreich zu zermürben, um es zu reizen und dann über dasselbe herzufallen. Wer daran zweifelt, hat eben die geschichtliche und politische Entwicklung der Dinge nicht vor Augen, und ohne diese ist eine richtige Beurteilung der Verhältnisse unmöglich.

Wer diese Entwicklung überblickte, wußte es schon seit Jahren, daß Serbien den Krieg vom Zaun brechen werde, wenn es Rußland und seine Verbündeten wünschten. Auf Verwirklichung der Wünsche dieser kam es vor allem an. Hätte also Rußlands Drang zum warmen Meer, sein Plan, über Wien nach Konstantinopel zu kommen, damit aufgehört, daß Österreich nochmals nachgegeben hätte? Und wäre vor allem die panslavistische Nebenregierung in Rußland, die immer mehr dem schwachen Zaren die Herrschaft entriß, beseitigt worden? Wäre auch damit Italiens Absicht, die Adria völlig in seine Gewalt zu bringen und österreichische Gebiete an sich zu reißen, aus der Welt geschafft worden? Hätten ferner Frankreichs Revanchegelüste und Englands Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland aufgehört? Man weiß doch, daß der Krieg nicht Österreich allein galt, sondern daß es über Wien nach Berlin ging! Man hatte nur den Brand am Balkan ausbrechen lassen, weil es hier im Wetterwinkel Europas am bequemsten war. Welchen Wert hat also die Frage, ob Österreich durch Nachgiebigkeit im Sommer 1914 den Krieg hätte vermeiden können? Wären damit wirklich die berührten Gegensätze aus der Welt geschafft worden? Kann man denn wirklich annehmen, daß die vorgeschlagenen Vermittlungen ehrlich gemeint waren und nicht auf Demütigung und Schwächung der Monarchie (und damit der Mittelmächte) abzielten? „Es handelt sich", wie der Schweizer Dr. Sauerbeck sagt, „tatsächlich um die große Ab-

rechnung, die diplomatisch oder militärisch zeigen sollte, wer der Stärkere war. Es war für Deutschland und Österreich tatsächlich die Stunde gekommen, wo sie sich ohne Schwertstreich völlig unterwerfen oder mit dem Schwert zu Herren der Lage machen mußten... Die Vorgeschichte ergibt auf Grund deutschfeindlicher und neutraler Quellen, daß — wie sich der Serbe Bogitschewitsch ausdrückt — die Einkreisung keine Einbildung, sondern eine Tatsache war. . . Rußland strebte tatsächlich nach der Herrschaft über Konstantinopel, das heißt die Meerengen, weiter über die Balkanvölker und darüber hinaus über alle Slaven Österreichs; es erstrebte also die Auflösung Österreichs und damit die Vereinzelung, das heißt die Ohnmacht des ganzen deutschen Volkes im großdeutschen Sinne[1])."

Aber gesetzt den Fall, Österreich hätte nachgegeben und die anderen Mächte hätten die Absicht gehabt, für den Augenblick den Krieg zu vermeiden, vielleicht deshalb, weil die Schüsse in Sarajewo etwas zu früh gefallen waren und man sich ja zu gelegener Zeit ein Attentat oder dergleichen leicht bestellen konnte; gesetzt den Fall also, Österreich hätte nachgegeben, weil die anderen Großmächte vermittelt hätten, glaubt man, daß Serbien sich beruhigt hätte? Man muß sich nur daran erinnern, was Montenegro 1913 getan hat. Trotz aller Kundgebungen der Großmächte (Rußland mit eingerechnet) belagerte es Skutari. Auch die Blockierung der Küste Montenegros durch die Großmächte schreckte Nikita nicht ab. Er brachte Skutari zu Fall und schickte sich an, es zum Mittelpunkt Montenegros zu machen. So spottete der winzige Bergstaat der sechs Großmächte, weil er genau wußte, daß sie alle zusammen ihres gegenseitigen Mißtrauens wegen ohnmächtig seien. Wenn es schließlich doch nachgab, so ist das Erwähnte Beweis genug dafür, was die Monarchie von Serbien zu erwarten hatte, wenn sie nicht mit Energie einschritt. Da wäre das, was Nikita zu seinen Tschernagorzen über Österreich 1909 zu sagen sich erkühnte, noch überboten worden: „Wohl habe ich" — so sprach der Zaunkönig — „vor Monden zu euch, ihr tapferen Adler der Berge, gesagt, wir würden Österreich, das uns verriet, mit Krieg überziehen und vernichten. Und es war mein Wille, meine grauen Falken in diesem Kampfe selber zu führen, der sie mit Ruhm und Ehre überschütten mußte.

---

[1]) Eiserne Blätter (Berlin), 1919, Nr. 9 und 10 auf Grund seiner eingehenden Forschungen. Über die Österreich belastenden Veröffentlichungen des Wiener Staatsamtes für Äußeres von Ende 1919 und Anfang 1920 genügt es, auf Friedjung, Die Vorakten über den Weltkrieg (Grazer Tagespost, 28. Sept. 1919) hinzuweisen.

Aber höret wohl, meine Brüder, was ich euch sage: da ich also zu euch sprach, war der Sieg unser, denn Österreich ist schwach und seine Krieger widerstehen nicht der Tapferkeit meiner Brüder.... Der Kaiser in Wien war hilflos in unsere Hand gegeben[1])."

So wagte man auf der Balkanhalbinsel nach der Annexion Bosniens, der einzigen mutigen Tat Österreichs in den letzten Jahrzehnten, zu sprechen! Wie würde erst den Balkanvölkern der Mut nach einem schmählichen Rückzug Österreichs 1914 gewachsen sein! Das wäre keine bloße diplomatische Niederlage gewesen. Österreich-Ungarn wäre einer Hetze entgegengegangen, die es bis ins Mark zersetzt hätte, während die Entente ruhig beiseite gestanden wäre, um den Erfolg der Wühlereien abzuwarten. Man vergesse nicht, daß die serbische Irredenta die Südslawen Österreichs unterwühlte, daß sie mit den Tschechen in Verbindung stand. In Bosnien wurde nach dem Agitationsprogramm von 1904 gearbeitet, die ungarischen Serben waren gewonnen, durch sie war auch ein Teil der Kroaten in die Koalition hineingezogen, eine Erscheinung, die umso bemerkenswerter war, als zwischen Serben und Kroaten stets die größte Spannung herrschte; der traurige Agramer Hochverratsprozeß war die böse Frucht dieses Treibens. Unter den Slowenen waren dieselben Erscheinungen zu beobachten. Schon 1887 schrieb „Slovenski Narod": „Wenn Rußland in Verfall gerät, dann gibt es morgen keine Slowenen, keine Kroaten, keine Tschechen. Das einzige Ziel aller Slawen muß die kulturelle Vereinigung sein auf Grundlage der russischen, als der allgemein slawischen Sprache und der russischen Kirche. Die Slawen sind eine Nation, sie sind die Nation der Zukunft, die ihre sein wird und muß." Und 1906 finden wir in dieser Zeitung die Ausführung: „König Peter ist uns heute das, was uns seinerzeit Bischof Stroßmayer war. Dieser hat uns große kulturelle Anstalten begründet, die (kroatische) Akademie und Universität, König Peter betätigt sich zwar auch auf kulturellem Gebiete, aber seine Macht ist größer und bedeutungsvoller, weil er einen Staat regiert, der jeden Tag 300 000 kräftige und tapfere serbische Soldaten zur Verfügung hat. Wir Slowenen gravitieren nach dem Süden." Der „Narod" rechnete also offen mit dem Krieg.

Nicht anders taten die Tschechen, die mit allen diesen Bestrebungen in engem Zusammenhange standen. Das Brünner Blatt „Hlas" schrieb 1887: „Seit dreieinhalb Jahrhunderten bemüht sich

---

[1]) Nikitas Rede bei Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, Bd. 2 (Stuttgart 1914), S. 220.

Österreich, uns zu germanisieren. Unser gefährlichster Feind, der uns das Messer an die Kehle setzt, ist das geeinigte Deutschland. Und dieses geeinigte Deutschland steht vor einem großen Krieg gegen Frankreich und Rußland. Was ist natürlicher, als daß wir alle Sympathie denen zuwenden, die gegen Deutschland kämpfen werden, und daß unser heißester Wunsch ist, Deutschland möge eine Niederlage erleiden. Wenn die Forderungen der Tschechen nicht erfüllt werden, werden sie zu ihrer slawischen Pflicht zurückkehren." Mit dieser Sympathie für Rußland hing auch die Teilnahme der Tschechen für die Wiedereinführung der slawischen Liturgie, die damals auch die Südslawen erhitzte, zusammen. Der Herausgeber des panslawistischen Blattes „Der Parlamentär" betrieb eifrig Propaganda für Rußland und die Ausbreitung der russisch-orthodoxen Kirche, er trat auch selbst zur russischen Kirche über. Die „Narodni Listy" priesen den Übertritt tschechischer Kolonisten in Westrußland zur orthodoxen Kirche unter Gewährung der tschechischen Kirchensprache durch den Heiligen Synod als „wichtigsten Schritt zur geistigen Annäherung und slawischen Einheit." Professor Masaryk warf sich 1908/09, ähnlich wie der berüchtigte Scotus Viator, als Verteidiger der serbischen Verräter auf. Es sei auch daran erinnert, daß 1908 bis 1913 die Tschechen ihre Sympathie für die Serben und Montenegriner offen zeigten und gegen den Ausmarsch tschechischer Garnisonen während der Balkanwirren Proteste erhoben. Das panslawistische Treiben nahm damals in Böhmen, Galizien, in der Bukowina und Nordungarn überhand. Auch die allpolnischen und altrutheníschen Umtriebe setzten im stärksten Maße ein. Man vergesse aber auch nicht, daß die italienische Irredenta überall um sich griff.

So standen also sowohl die äußeren als auch die inneren Verhältnisse 1914 leider derart, daß ein schmähliches Zurückweichen sie nur verschlechtert hätte. Es blieb nichts anderes als der einzig mögliche Versuch der Rettung übrig. Dieser ist aber leider nicht gelungen. Wäre er aber nicht gewagt worden, so würden wir mit Recht unseren damaligen leitenden Staatsmännern wie 1912, 1909 und 1888 den Vorwurf machen: „Wieder ist eine Gelegenheit verpaßt worden, damals hätte man losschlagen sollen!" Im Deutschen Reich hätte man aber mit Recht über den schwachmütigen Bundesgenossen mit den Schultern gezuckt. Wir werden im nächsten Kapitel Äußerungen aus dem Jahre 1913 kennen lernen, die gegen Österreich geradezu den Vorwurf erhoben, daß es die deutschen Interessen in

Südosten gegen Serbien und Montenegro nicht nachdrücklich genug vertrete und daß es dadurch seine Existenzberechtigung verliere. Von einer „Pandurenpolitik" Österreichs kann also nicht die Rede sein.

Österreichs Auftreten im Jahre 1914 kann man ebenso wie sein Handeln bei der bosnischen Krise nur als ein Zeichen seines Lebenswillens und der Notwehr auffassen. Hoffnung auf Erfolg bestand nur noch, solange der greise Kaiser lebte. Ohne die Dynastie, die den Staatsgedanken geschaffen hatte, war der Staat nicht zu erhalten; Kaiser Franz Josef I. galt aber als der einzige, der den Einfluß der Dynastie noch personifizierte, auch viele Nichtdeutsche noch festhielt. Auch aus diesem Grunde war eine abwartende Politik nicht mehr angezeigt.

VI

War Österreich Deutschlands Verhängnis?

Hatte schon die Hilfe, die das Deutsche Reich im Jahre 1908 der Donaumonarchie geleistet hatte, manche Bedenken gegen Österreich und das Bündnis mit Österreich erregt, so werden nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges noch härtere Urteile und Anklagen laut[1]). Darnach hätte Österreich durch seine ungeschickte und rücksichtslose „Pandurenpolitik" den Krieg leichtsinnig hervorgerufen und Deutschland mit hineingerissen. Es sei das Verhängnis Deutschlands gewesen, nicht beizeiten die Habsburgermonarchie zertrümmert und deren deutsche Teile an sich gezogen zu haben. Deutschland habe sich für Österreich geopfert. In einer angesehenen reichsdeutschen Zeitschrift wird über das „verschwommene Gefühl" geklagt, das die ganz überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes verleitet hat, der „Theaterphrase von der Nibelungentreue" zuzujubeln, die, von einem „schlauen Partner ausgebeutet", das Deutsche Reich in furchtbares Elend gestürzt hat. Andere Stimmen führten noch näher aus, wie man die Donaumonarchie, die keine historische

---

[1]) Äußerungen des Fürsten Lichnowsky. Rede des Prof. Ed. Meyer (Berlin) bei der Reichsgründungsfeier Januar 1920. Prof. Konr. Bornhak in „Konserv. Monatsschrift" (darnach „Ostdeutsche Rundschau" vom 5. Septbr. 1919). Deutsche Revue, Febr. 1920 u. a. Man vgl. die mitunter wörtliche Übereinstimmung dieser Ausführungen mit jenen 1908, ob. S. 34.

Sendung mehr besaß, hätte aufteilen müssen, Deutschland hätte die deutschen Länder an sich ziehen sollen, die anderen wären samt dem Balkan an Rußland zu überlassen gewesen. Zwischen Deutschland und Rußland wäre so die Freundschaft erhalten worden, denn der russisch-deutsche Gegensatz sei nur dadurch hervorgerufen worden, daß Deutschland den Habsburgern in starrer Verblendung in allen Balkanfragen die Stange gehalten hatte. Durch die vorgeschlagene Teilung wären Böhmen, Mähren, Schlesien deutsch geblieben, Triest und die deutschen Teile Südtirols hätten dem deutschen Volke erhalten bleiben können.

Zur Rechtfertigung dieser Anschauungen beruft man sich auf Bismarck. In einer solchen Ausführung konnte man lesen: „Der Starke ist am mächtigsten allein: man lese Bismarcks ‚Gedanken und Erinnerungen', in denen er warnt, das Bündnis mit Österreich zu überschätzen und als für die Ewigkeit geschmiedet zu betrachten. Was dem gewaltigen Staatsmann nur Mittel des augenblicklichen Zweckes war, wurde von den Epigonen in der Wilhelmstraße als Evangelium betrachtet, deshalb haben sich die Hohenzollern für Habsburg verblutet." Nicht zum erstenmal sind hier die Gedanken Bismarcks gerade von jenen entstellt worden, die ihn am häufigsten im Munde führen.

Vor allem ist es klar: wäre die Zertrümmerung der Donaumonarchie für Deutschland ein Heil gewesen, so hätte Bismarck nicht sofort nach der Entscheidungsschlacht von Königgrätz alles angewendet, um Österreich-Ungarn in vollem Umfang zu erhalten. Lassen wir Bismarck selbst zu Worte kommen! In seinen „Gedanken und Erinnerungen" (20. Kapitel) erzählt er, wie er König Wilhelm von dem Plan, österreichische Gebiete zu erwerben, abbrachte. Da heißt es unter anderem: „Was sollte an d i e Stelle Europas gesetzt werden, welche der österreichische Staat von Tyrol bis zur Bukowina bisher ausfüllt: neue Bildungen auf dieser Fläche könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein. Deutschösterreich könnten wir (das heißt Preußen) weder ganz, noch teilweise brauchen . . . ., eine Verschmelzung des deutschen Österreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein."

Im 21. Kapitel lesen wir über die Ablehnung russischer Wünsche (1876), die gegen Österreich-Ungarn gerichtet waren: „Unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im

Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerz zwischen Rußland und Österreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde." Das heißt also mit anderen Worten: eine Zertrümmerung Österreich-Ungarns ist nicht im Interesse des deutschen Reiches gelegen.

Am Ende des 21. Kapitels betont Bismarck die Bedeutung der Freundschaft Österreichs für die Stellung Preußens in Deutschland und ermahnt die Deutschen Österreichs, alles zu unterlassen, was das innere Gefüge der Monarchie erschüttern könnte. Denselben Zweck verfolgte seine Rede an die Deutschösterreicher vom 15. April 1895.

Ebenso bedeutungsvoll ist folgende Ausführung Bismarcks (Kapitel 29): „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann."

Aus anderen Äußerungen Bismarcks aus dieser Zeit sei nur noch seine Ansprache vom 1. Juli 1894 erwähnt, in der es heißt: „Der Krieg (von 1866) wurde ja nur bis an die Grenze des notwendigen Bedürfnisses nach Auseinandersetzung geführt. Sobald wir in Wien so viel erreicht hatten, daß wir unsre deutsche Sache allein machen konnten, fühlten wir nur das Bedürfnis, Österreich so stark zu erhalten, als es bisher war, und vielleicht noch stärker zu machen, denn wir gehören doch zueinander, wir im Norden und die Süddeutschen mit Einschluß unsrer Landsleute in Österreich."

Fassen wir die Ergebnisse kurz zusammen, so ergibt sich folgendes: nach dem Scheitern des großdeutschen Gedankens, den Bismarck für undurchführbar gehalten hatte, hat er stets die Erhaltung Österreich-Ungarns als Großmacht für notwendig erklärt. An Stelle des von den Großdeutschen gewünschten gewaltigen mitteleuropäischen Staates hat er das Bündnis von 1879 gesetzt, das er bekanntlich in ein staatsrechtliches umwandeln wollte. Sein Zweck war, die Kraft ganz Mitteleuropas in deutschem Interesse zu binden, sie nicht in andere Kreise fallen zu lassen. Er dachte darin großdeutsch. Auch die Großdeutschen sahen den vornehmsten Zweck Österreichs in der Wahrung des deutschen Einflusses bis an die Do-

naumündungen. Österreich war nach dem Ausspruch des schwedischen Politikers und Professors Kjellèn[1]) „Europas Wachtposten im Osten und sein Puffer gegen niedrigere Kulturen." Diese Aufgabe erfüllte Österreich selbstverständlich vor allem für Deutschland. Es hat die Stöße der Türken und Slaven aufgefangen. Die Bedeutung Österreichs für Deutschland anerkannte Bismarck auch nach seiner Amtsniederlegung, indem er unumwunden erklärte, Deutschland müsse für Österreich die Waffen ergreifen, wenn dieses Gefahr laufen sollte, seine Stellung als unabhängige, starke Großmacht zu verlieren.

Bismarck hat also ein Zerschlagen Österreichs auch um den Preis der Vergrößerung Deutschlands durch österreichische Gebiete abgelehnt. Er hat, soweit ich sehe — niemals diese Möglichkeit in Betracht gezogen. Umso weniger hat er aber auch an eine Überlassung von Gebieten der Donaumonarchie an Rußland gedacht. Ganz im Gegenteil! Die Monarchie galt ihm als unentbehrliches Gegengewicht gegen Rußland. Er hat sich darüber in seiner großen Rede nach der Veröffentlichung des Vertrages von 1879 am 6. Februar 1888 ausgesprochen. Er sagte[2]): „Denken Sie sich Österreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir zwischen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien isoliert, zwischen den beiden stärksten Militärmächten neben Deutschland, wir ununterbrochen zu jeder Zeit, einer gegen zwei, mit großer Wahrscheinlichkeit, oder abhängig abwechselnd vom einen oder vom anderen." Ganz ähnlich hatte sich Bismarck schon 1879 vor dem Abschlusse des Zweibunds gegenüber Kaiser Wilhelm geäußert und hinzugefügt: Deutschland müsse daher aus eigenem Interesse auch ohne Vertragspflicht Österreich-Ungarn beistehn, wenn dieses von Rußland angegriffen würde und Gefahr liefe zu unterliegen.

In Übereinstimung mit dieser Politik hat Bismarck den Bund mit Österreich vom Jahre 1879 (ganz im Sinne seiner 1876 Rußland gegebenen Antwort) zustande gebracht und stets eifrig behütet. Und im Jahre 1888 stellte er sich bei der Veröffentlichung des Vertrages mit größter Entschiedenheit auf die Seite Österreichs. Man hat nun freilich Bismarcks Rückversicherungsvertrag mit Rußland von 1887 dahin zu deuten gesucht, daß er doch anderer Gesinnung geworden sei, und zwar wurden diese Vermutungen zuerst in Deutsch-

---

[1]) R. Kjellèn, Die Großmächte der Gegenwart (Leipzig).

[2]) Politische Reden, Bd. 12, S. 466. Wertheimer, Graf Julius Andrassy III, S. 264.

land laut, gleich nach seiner Entlassung, in vertrauten Kreisen, in die uns die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst Einblick gestatten: „Bismarck wollte Österreich im Stiche lassen. Der Kaiser will mit Österreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden", heißt es da zum 31. März 1890. Daß man aber dem Rückversicherungsvertrag mit Rußland diese Deutung nicht geben darf, ist unzweifelhaft. Bismarck hat nach 1890 wiederholt seine alten Anschauungen über Österreich und die Bedeutung des Bündnisses mit Österreich für Deutschland zum Ausdruck gebracht, also auch in einer Zeit, wo er nicht mehr in leitender Stellung war. Am 10. Juli 1892 sagte er[1]: „. . . Ich rechne unser heut bestehendes Bündnis mit Österreich-Ungarn zu denjenigen Reichsinstitutionen, an denen uns allen liegt, und die wir alle zu pflegen entschlossen sind. Es ist eine alte geschichtliche Tradition: wir haben seit Jahrhunderten mit Österreich-Ungarn zu demselben Reich gehört. Es ist das ein historisches Vermächtnis der Vergangenheit, aber auch ein Bedürfnis der modernen Politik. Ich rechne darauf, daß wir den österreichisch-ungarischen Freunden, diesem verbündeten Reiche, alle Treue halten werden in jeder Not und Gefahr, die es bedrohen könnten. Ich habe an diesem Bündnis nicht ohne große Schwierigkeit gearbeitet, und es ist eine ungeschickte Verleumdung, wenn man behauptet, es sei mir leid, und ich wolle dieses natürliche, im europäischen Gleichgewicht nötige Bündnis schädigen, das ich für fest begründet halte in unsern nationalen Antezedenzien und unsern heutigen Bedürfnissen, und zu dem wir immer wieder zurückkommen müßten. Wir haben uns mit Österreich, wie sie dort sagen, ‚gerauft', fast in jedem Jahrhundert einmal, aber wir sind immer wieder als Brüder zusammengekommen und werden es, so Gott will, jetzt bleiben." Ganz ähnlich äußerte er sich am 24. Juli 1892: „Ich habe im Jahre 1879 das Bündnis nicht ohne große Anstrengungen herbeigeführt, und ich erkläre es für eine große Lüge, wenn heute behauptet wird, ich sei plötzlich ein Gegner desselben geworden . . . Wir sind durch das österreichische Bündnis nach Osten und Westen gesichert, namentlich aber auch gesichert gegen Velleitäten einer veränderten österreichischen Politik. Ich habe in Wien immer dafür plädiert, daß die Österreicher es ihrem eigenen Interesse entsprechend finden möchten, wenn wir mit Rußland so viel Fühlung behalten,

[1]) Zum folgenden Politische Reden, Bd. 13, S. 98 u. 114 f.

daß wir auch den Frieden zwischen Österreich und Rußland fördern und erhalten können. Wird der Friede gebrochen, so müssen wir auch schlagen. Es ist also auch unsre Sache, wenn Österreich mit Rußland in Krieg gerät, und nicht allein diejenige Österreichs. Tua res agitur, paries cum proximus ardet."

Wegen der hohen Bedeutung des Bündnisses mit Österreich hat Bismarck schon in seiner Rede am 6. Februar 1888 auch vor jeder Verletzung Österreichs gewarnt, um es nicht abzustoßen und zu anderen Verbindungen zu drängen. Diese gewichtigen Äußerungen übersehen immer wieder jene, die Deutschland rieten, Österreich im Stiche zu lassen.

Nachdem Bismarck die Veröffentlichung des Rückversicherungsvertrages veranlaßt hatte, bestritt er mit aller Entschiedenheit, daß dieser gegen Österreich gerichtet war[1]): Er galt der Sicherung des Weltfriedens, der Vermeidung eines Koalitionskrieges, was auch im Interesse Österreichs lag. Immer wieder wiederholte Bismarck, daß die Wahrung der Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Großmachtstellung ein deutsches Interesse sei. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages hat er vor allem deshalb getadelt, weil darauf der Abschluß des russisch-französischen Bündnisses erfolgte. Aus dem 29. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen" ergibt sich freilich auch, daß Bismarck das gute Verhältnis zu Rußland wünschte, weil ihn die „pessimistische, aber doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegende Vorstellung" des Abschwenkens Österreichs von Deutschland beunruhigte. Dazu bewog ihn nicht nur die Erinnerung an die früheren Gegensätze und die alltägliche Weisheit, daß keinem Vertrage zwischen Großmächten ewige Dauer zuzumessen sei, sondern vor allem die inneren Zustände Österreichs und die allbekannte Tatsache, daß das Bündnis mit Deutschland nur von den deutschen, nicht aber von den anderen Völkern der Donaumonarchie unbedingt gehalten werden würde. Deshalb ermahnte er stets die Deutschen, ihren Einfluß in Österreich nicht zu untergraben. Aus diesem Grunde wollte er das völkerrechtliche Bündnis in ein staatsrechtliches umwandeln. Er fürchtete, in Österreich könnten „antideutsche Richtungen nationaler oder konfessioneller Natur" erstarken. Er spricht von den „antideutschen Velleitäten in Österreich-Ungarn,"

[1]) Fürst Bülow, Deutsche Politik (Berlin 1916), S. 81 f. K. Kron, Der deutsche Ausgleich mit dem Staate Österreich (Wien 1899), S. 112 ff.

von der „ätzenden und gelegentlich sprengenden Wirkung der Völkermischung," von der Unzuverlässigkeit der nichtdeutschen Völker. Diese bündnisfeindlichen Elemente wollte er dadurch in Schach halten, daß „die Brücke, die nach Petersburg führt, nicht abgebrochen und kein Riß zwischen Rußland und uns hergestellt wird, der sich nicht überbrücken ließe." „Solange ein solcher unheilbarer Riß nicht vorhanden ist, wird es f ü r W i e n (!) möglich bleiben, die dem deutschen Bündnisse feindlichen und fremden Elemente im Zaume zu halten." Also auch da zeigt sich das Streben, Österreich beim Bündnisse zu erhalten, nicht aber an Stelle des österreichischen Bündnisses das russische treten zu lassen. Bismarck erinnert hier auch mit nachdrücklichen Worten an die in Rußland durch die Presse betriebene Deutschenhetze, an den Haß gegen alles Deutsche, „mit dem die Dynastie rechnen muß, auch wenn der Kaiser der deutschen Freundschaft pflegen will." Er verweist auf das gegen Deutschland gerichtete „ungewöhnliche Maß von Dummheit und Verlogenheit in der öffentlichen Meinung und in der Presse Rußlands" und auf den polnisch-französischen Einfluß bei dieser Hetze. Und wenn er hier nicht noch mehr über den alten Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland sagt, ja, wenn er sogar den zweihundertjährigen Gegensatz ein wenig zu verschleiern sucht, so bedenke man doch, daß dieses Kapitel auch den Zweck verfolgt, die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages zu rügen: „Es ist unvernünftig und ruchlos, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, aus persönlicher Verstimmung abzubrechen." Aber auch in diesem Zusammenhang betont der Altreichskanzler immer wieder den Wert des Bündnisses mit Österreich zur „Abwehr und Wahrung unserer Unabhängigkeit von Rußland." Er legt die Popularität dieses Bündnisses dar und tritt für die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie im Interesse Deutschlands und des Gleichgewichts in Europa ein, wenn dies auch einen Krieg erfordern würde; ja, er weist noch der Monarchie die Aufgabe zu, nach dem Muster der deutschen Reichsverfassung eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen herbeizuführen, die zwischen den Ostgrenzen (!) des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Er tritt damit vollständig in die Spuren der Großdeutschen von 1848/49. Zusammenfassend sagt dann Bismarck gegen Schluß über das Verhältnis zu Österreich: „W i r m ü s s e n u n d k ö n n e n d e r ö s t e r r e i c h i s c h - u n g a r i s c h e n M o n a r c h i e d a s B ü n d n i s e h r l i c h h a l t e n; es entspricht

unsern Interessen, den historischen Traditionen Deutschlands und der öffentlichen Meinung unsres Volkes. Die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik sich zu gestalten haben wird, sind jedoch komplizierter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Bestrebungen, der klerikalen Einflüsse und der in den Breiten des Balkan und des Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Versuchungen. Wir dürfen Österreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus den Augen verlieren."

In welchem gewaltigen Gegensatz stehen alle diese Ausführungen zu den Anschauungen der Epigonen, die am Eingang dieses Kapitels angeführt sind, zu den Ausführungen über das Fehlen einer historischen Sendung Österreichs, über die Notwendigkeit der Zerschlagung Österreichs, Überlassung seiner nichtdeutschen Teile an Rußland und den Abschluß eines Bündnisses mit Rußland.

Für eine derartige Katastrophalpolitik war Bismarck nie zu haben. Durch sie hätten sich die Deutschen des Vorfeldes für den seit Jahrzehnten von ihren Gegnern vorbereiteten Kampf begeben. Dem russischen Reiche wäre ein Machtzuwachs kampflos zugefallen, der es geradezu übermächtig gemacht hätte. Die Hoffnung, daß Rußland für alle Zeiten befriedigt worden wäre, ist eine Utopie. Wo wäre aber dann der Kampf ausgefochten worden, wenn das Vorfeld der Karpathen und ihr Wall nicht in unseren Händen gewesen wäre, wenn Rußland über die Kräfte der Karpathen- und Balkanländer verfügt hätte und seine Vorposten in Prag gestanden wären? Diese Folgen lassen sich nicht ausdenken. Die Annahme, daß Frankreich ruhig beiseite gestanden wäre, wenn ein übermächtiges Rußland Deutschland geknebelt hätte, hat schon Bismarck zurückgewiesen. Dasselbe gilt von England.

Nach all dem, was über die Bedeutung des Bestandes Österreich-Ungarns und des Bündnisses mit diesem Staate nach Bismarcks Urteil feststeht, ist über die Auffassung, daß Deutschland sich einseitig für Österreich geopfert habe, nicht viel zu sagen nötig. So sehr die Treue und Hilfe des Deutschen Reiches anzuerkennen ist, ebenso ist es wahr, daß sowohl 1879 als auch 1908 und 1914 Bismarcks Ausspruch galt: Tua res agitur, paries cum proximus ardet. Das Bündnis von 1879 war auch zum Schutze Deutschlands geschlossen; 1908 trat Deutschland neben Österreich in „schimmernder Wehr", weil der Weg der Feinde über Wien auch nach Berlin

gegangen wäre; und 1914 war es nicht anders! Österreich lief 1914 Gefahr, seine Großmachtstellung zu verlieren, und so mußte Deutschland nach Bismarcks Vermächtnis für den Bundesgenossen die Waffen ergreifen. Das war 1914 wohl ziemlich allgemein die Anschauung. Man greife nur nach einer beliebigen der damals erschienenen Schriften.

So schreibt P. Rohrbach in der bekannten Schriftensammlung „Der Deutsche Krieg", 1. Heft („Warum es der deutsche Krieg ist?"): „Wenn je ein Blutopfer eine befreiende, eine erlösende Wirkung gehabt hat, so war es dieses (der Mord von Sarajewo). Mit einem Schlag wurde Österreich-Ungarn vor die Frage gestellt: Sein oder Nichtsein? Damit war auch für Deutschland eine Politik ohne weitere Wahl gegeben. Rußland hatte es schon vorher mit der Verlockung versucht, uns Deutsch-Österreich anzubieten, jene zehn Millionen Deutsche, die bei unserer nationalen Einigung 1866 und 1870/71 draußen bleiben mußten. Lieferten wir ihnen die alte Monarchie der Habsburger aus, so mochten wir den Lohn für den Verrat davontragen. Allerdings wäre es nicht auf lange gewesen. Von da an, wo die russische Macht über die Karpathen drang, die rumänische und ungarische Ebene und die Balkanhalbinsel erfüllte, wäre sie, gestützt auf 200 Millionen Menschen und ein zahlloses Heer, in Verbindung mit Frankreich und England für uns zu stark geworden. Nach Österreich wäre Deutschland an die Reihe gekommen. Frankreichs Revanchezorn, Englands Handelsneid wären ein paar Jahre später ebenso sicher für unsere Vernichtung zu haben gewesen wie jetzt — nur mit dem Unterschied, daß unsere Lage dann nicht nur durch die Vollendung der militärischen Maßnahmen der Verbündeten, sondern auch durch das immense Wachstum Rußlands um so viel schlechter geworden wäre. Als daher Österreich nach der serbischen Untat die Frage an uns richtete, ob wir fest an seiner Seite stehen wollten, sobald es sich entschloß, den Gang auf Tod und Leben anzutreten, statt zu dem Selbstmord, der ihm zugemutet wurde, da konnte unsere Antwort nicht zweifelhaft sein. Indem wir sie aber gaben, mußten wir uns klar sein und waren uns auch darüber klar, daß wir, wenn auch noch nicht ohne weiteres den Krieg, so doch die nahe Möglichkeit des Krieges wählten. In Wahrheit stand unsere Wahl ebenso wie die Österreich-Ungarns nicht zwischen Krieg und Frieden, sondern zwischen dem Krieg von heute und dem Krieg ein oder zwei Jahre

später: nur daß er dann unendlich gefährlicher für uns geworden wäre."

Ganz ähnlich urteilt O. Anwand (Berlin) in „Für alle Welt. Erste Kriegsnummer": „Die Absicht Rußlands war, Österreich-Ungarn vom Süden her aus dem Sattel zu heben. Das spricht das Schreiben unseres Reichskanzlers an die Bundesregierungen vor Beginn des Krieges klar aus: ‚Die von den Panslawisten gegen Österreich-Ungarn betriebene Agitation erstrebt in ihrem Endziel mittels der Zertrümmerung der Donaumonarchie die Sprengung oder Schwächung des Dreibundes und in ihrer Folgewirkung eine völlige Isolierung des deutschen Reiches. Unser eigenstes Interesse ruft uns daher an die Seite Österreich-Ungarns.' Dem kleinen Serbien fiel die Aufgabe zu, Österreich-Ungarns Ansehen durch ständige Beunruhigungen und Herausforderungen zu untergraben und die slavischen Elemente seiner Bevölkerung aufzuwiegeln. In der Kette der Intrigen und Attentate bedeutete die Ermordung des Thronfolgers und seiner Gemahlin das letzte schicksalsschwere Glied. Man braucht kaum noch hinzuzufügen, daß Rußland durch sein Eintreten für Serbien sich vor aller Welt als mitschuldig an diesem Verbrechen bekannt hat."

Wenn man darauf hinweist, daß Deutschland sich Rußlands Feindschaft wegen Österreich zuzog, so möge man — abgesehen von den alten Gegensätzen zwischen Rußland und Deutschland, von denen schon oben die Rede war — doch auch bedenken, daß Österreich sich die Feindschaft Frankreichs und Englands doch nur wegen seiner deutschen Bundesgenossenschaft zugezogen hat. Nur deshalb wurden die Tschechen seit Jahrzehnten von Frankreich aufgemuntert, nur deshalb hat der Serbe Spalajković für seine Hetzschrift gegen Österreich den Preis der Pariser juristischen Fakultät erhalten, und das erklärt, warum der Engländer Seton Watson (Scotus Viator) so großen Anteil an den Südslaven nahm und über ihre Forderungen schrieb. Die genannten Schriften haben an der Entwicklung des Hasses und der Hetze gegen Österreich bedeutenden Anteil. Vor allem ist die Zerschlagung der Donaumonarchie und die Zerreißung der deutschösterreichischen Gebiete von der Entente zumeist doch nur deshalb gebilligt worden, um Deutschlands Macht zu treffen. Man sollte also doch daran festhalten: *wir waren Bundesgenossen auf Tod und Leben, beide bedroht und beide im gegenseitigen Interesse zur Abwehr verpflichtet.* Der Krieg brach nur in Serbien los,

weil er im Wetterwinkel Europas am bequemsten anzufachen war. Überdies erinnere man sich, daß die Bildung des neuen Deutschen Reiches unter Aufopferung Österreichs, vor allem der Deutschen in Österreich vor sich gegangen war.

Ferner soll daran erinnert werden, daß der von Bismarck vertretene Standpunkt, daß Deutschland kein Interesse im Südosten habe, sich in den letzten Jahrzehnten sehr geändert hat. Deutschlands gewaltiger Arbeitskraft genügte nicht mehr der Überseeexport; sie hat sich auch nach dem Südosten gewendet und hier in Kürze große Erfolge erzielt (oben S. 33). Deutschland hatte also hier auch wirtschaftliche Interessen zu wahren. Der Zutritt zur Adria und zum Schwarzen Meer war für das deutsche Gesamtvolk von größter Bedeutung. Das ist ja einer der Gründe, weshalb jetzt die Entente unseren Zusammenschluß verhindert. Einer ihrer Soldschreiber, Scotus Viator, hat schon sieben Jahre vor dem Weltkrieg dagegen Stellung genommen[1]): „Die Erwerbung von Triest müßte der deutschen Handelsmarine neue Triumphe sichern, während die österreichische Flotte ein echter Glücksfall für den ‚Admiral des Atlantischen Ozeans' wäre! Deutschland würde fraglos die vorherrschende Macht auf der Balkanhalbinsel und seine Hegemonie von Hamburg bis Bassora am Persischen Golf würde bald in den Gesichtskreis praktischer Politik treten."

Vom deutschen Standpunkt aus charakterisiert Professor Roloff das Verhältnis wie folgt[2]): „Denn wenn Deutschland ursprünglich nur mittelbar durch die Sorge um Österreich und das politische Gleichgewicht am Geschick des Orients interessiert war, so darf es heute aus eigensten Bedürfnissen die russische Expansion nicht schrankenlos walten lassen. Seitdem in den letzten beiden Jahrzehnten seine wirtschaftlichen Beziehungen zum Orient so gewaltig zugenommen haben, kann es Konstantinopel und Kleinasien nicht in die Hand der Russen fallen lassen, weil das die Gefahr der wirtschaftlichen Abschließung und unabsehbarer Verluste für Deutschland mit sich bringen würde."

Ebenso sagt Rohrbach[3]): „Wenn Rußland dazu gebracht wurde, daß es sein Augenmerk wieder auf die Balkanhalbinsel und Kleinasien richtete, so mußte es dadurch nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Österreich-Ungarn aneinander geraten . . . Sobald

---

[1]) Die Zukunft Österreich-Ungarns (Leipzig 1908), S. 12.

[2]) Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren, S. 30.

[3]) Warum es der deutsche Krieg ist, S. 15.

aber außer den slavischen Balkangebieten auch die Türkei als Ganzes in Frage kam, trat auch ein direkter deutsch-russischer Gegensatz auf. Uns ist nur gedient, wenn die Türkei selbständig bleibt, und einen offenen Schauplatz für den Handel und die wirtschaftliche Betätigung aller Völker bietet. Außerdem ist der Bestand der Türkei in politisch-militärischem Sinne geradezu eine Lebensversicherung für Deutschland . . ." Danach hatte also auch Deutschland ein ganz besonderes Interesse an der Entwicklung der Dinge im Südosten. Daher erklärt Lochmüller in seiner Schrift „Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan" (Leipzig 1913): „So wird die serbische Frage zur deutschen Frage". Österreich und Deutschland haben dieses Interesse zu wahren. Österreichs durch die Geschichte verbürgtes Recht, ja sogar seine sittliche Verpflichtung ist es, sich nach Süden auszudehnen. „Weiß Österreich diese Chancen nicht auszunützen, fährt es fort, sich vor Serbien und Montenegro rückwärts zu konzentrieren, so hat es sein geschichtliches Recht verwirkt und seine Existenzberechtigung verloren." Darnach war also Österreich verpflichtet, im deutschen Interesse möglichst nachdrücklich vorzugehen. So war es 1913 — dann aber folgte der Vorwurf der „Pandurenpolitik"!

Für alle Deutschen, denen das Schicksal von einigen Millionen Volksgenossen nicht gleichgültig ist, war das Eintreten für Österreichs Erhaltung auch völkische Pflicht. Gewiß waren die Deutschen in den Donauländern, besonders seit 1866, nicht auf Rosen gebettet, aber immerhin war ihre Lage besser als nach der Zerschlagung Österreichs. Man sehe nur, wie die galizischen Deutschen bis in die letzten Wochen vor dem Zusammenbruch um den Verbleib bei Österreich kämpften! Man betrachte, wie sich die Lage der Deutschen in verschiedenen abgetrennten Gebieten verschlechtert hat. Die Katastrophalpolitik der freiwilligen Aufteilung Österreichs hätte diese Entwicklung beschleunigt. Die Nichtunterstützung Österreichs in seinen Nöten durch Deutschland wäre eine Pflichtversäumnis an den Volksgenossen. Kurz vor dem Kriege schrieb die Zeitschrift „Das ganze Deutschland" (Kassel) in einem „Deutsche Vorposten" überschriebenen Artikel: „Und man darf heute wohl mit Recht sagen, daß, abgesehen von einigen wenigen unheilbar Verrannten, in Österreich niemand mehr das Heil für das Deutschtum von einer Auflösung des Habsburgerreiches erhofft. Denn wenn die rein deutschen Teile zum heutigen Reiche geschlagen würden, so wären damit die übrigen Deutschen in Ungarn, Sieben-

bürgen, Galizien, der Bukowina, der Südmark, Kroatien und Bosnien völlig preisgegeben und müßten in der slavischen Flut ertrinken. Die Existenz Österreichs als Staat ist für das Deutschtum eine Lebensnotwendigkeit."

Schließlich mag auch noch hervorgehoben werden, daß die Ententemächte jedenfalls Österreich nicht zerschlagen hätten, wenn die Aufteilung dieses Staates für Deutschland ein Vorteil wäre. Die schädlichen Folgen treten übrigens schon klar genug zutage.

Österreich war also nicht Deutschlands Verhängnis. Verhängnisvoll war vielmehr, daß Österreich 1866 so geschwächt worden war, daß es das deutsche Reich nicht kräftiger unterstützen konnte. Von einem einseitigen Opfer des deutschen Reiches für Österreich kann keine Rede sein.

VII

Das Schicksal der Deutschen der Donaumonarchie seit 1866. Entfremdung zwischen den Reichsdeutschen und den Deutschen in der Donaumonarchie. Die Anschlußbewegung

In den vorstehenden Abschnitten ist schon gezeigt worden, wie sehr die politische Stellung der Deutschen in der Donaumonarchie seit 1866, weil diese aus dem natürlichen Zusammenhang gerissen worden war und eine kräftige Unterstützung aus dem deutschen Reich unterblieb, erschüttert wurde. Österreich ist durch die Ausschließung aus Deutschland ein vorwiegend slavischer Staat geworden. Die Regierung dieses Staates konnte nicht mehr deutsch bleiben. Sie konnte sich ja, wie Bismarck einmal sagte, „in Österreich nicht einer Nationalität, namentlich wenn man Ungarn mitrechnet, ausschließlich widmen"[1]). Zwischen dieser in slavisches Fahrwasser geratenen Regierung und den bisherigen Trägern des Staatsgedankens entstand eine tiefe Kluft, die Deutschen verloren immer mehr an Einfluß. Ihre Stellung wurde um so unerträglicher, als sie aus alter Gewohnheit, aus Pflichtbewußtsein und Selbsterhaltungstrieb die Regierung und den Zentralismus dennoch stützten und so den wachsenden Haß der Nichtdeutschen auf sich

[1]) Politische Reden, Bd. 13, S. 343.

luden, ohne von der Regierung Dank zu ernten. Die liberal und fortschrittlich gesinnten Deutschen hielten es für ihre Ehrenpflicht, eine möglichst freiheitliche Verfassung mit weitgehendem Wahlrecht zu erkämpfen, und boten damit ihren Gegnern die Mittel, sie im Reichsrat, in den Landtagen, in den Gemeindevertretungen zu überstimmen. Sie hatten für freiheitliche Schulgesetze gesorgt, und diese haben neben nichtdeutschen Beamten und nichtdeutschen Priestern ihnen größten Schaden zugefügt.

Während so die Deutschen den politischen Einfluß verloren und das deutsche Staatsgefüge der Auflösung verfiel, wurde zugleich die Steuerkraft der Deutschen zum Vorteile ihrer Bedränger ausgenutzt. Die Deutschen zahlten für Madjaren und Slaven. Sie wurden also auch wirtschaftlich geschädigt, und ihre kulturellen Bedürfnisse wurden zugunsten der Nichtdeutschen vernachlässigt[1]).

Da die Zentralregierung, auf die die Deutschen ihre Hoffnung setzten, versagte, ist die Lage der Deutschen in jenen Ländern, wo sie nichtdeutschen Mehrheiten gegenüberstanden, überaus schwierig geworden. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, diese Leidenschronik ausführlich zu erzählen. Sie ist ja leider der bekannteste Teil der Schicksale der Ostdeutschen[2]). Man weiß, daß in allen Ländern der Donaumonarchie die deutschen Minderheiten trotz ihrer kulturellen Verdienste und ihrer wirtschaftlichen Kraft bedrückt, ja entrechtet wurden. Die Gesetze wurden ihnen gegenüber nicht eingehalten, andere zu ihrem Nachteile beschlossen. Ihre Sprache wurde in der Schule, Kirche und im öffentlichen Leben zurückgesetzt, sie selbst als „Bettler" und „Räuber" beschimpft, ja selbst blutig verfolgt. Mit allen Mitteln suchte man sie zu entvolklichen, so daß es als ein Wunder erscheinen muß, daß dieses Beginnen nur geringen Erfolg aufzuweisen hatte.

Die Gesamtlage der Deutschen war aber um so trauriger, als auch zwischen den Donaudeutschen und den Reichsdeutschen infolge der Vorgänge von 1866 eine arge Entfremdung und Spannung eingetreten war. Der Kampf um die Vorherrschaft hat ins deutsche Volk einen Keil getrieben.

Es ist begreiflich, daß bei vielen Deutschösterreichern nach 1866 Verstimmung, ja auch wohl Groll herrschte. Man hatte ihnen doch

---

[1]) A. Schubert, Das Deutschtum im Wirtschaftshaushalt Österreichs. 3 Bde. (Reichenberg 1905—07).

[2]) Darüber meine Schriften „Böhmen", „Polen" und „Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern".

den heißen Wunsch, bei Deutschland zu bleiben, versagt; man hatte sie, wie schon die Männer von 1848/49 geklagt hatten, dem sichtbaren Verderben preisgegeben. Auch als Österreicher fühlte man sich gedemütigt. Und als die deutsche Not in Österreich sich stärker geltend machte, da mochten sich viele erinnern[1]), daß Preußen der Kaiserin Maria Theresia Schlesien genommen und den Kaiser Josef an der Erwerbung Bayerns verhindert hatte, wodurch die Stellung des Deutschtums in Österreich geschwächt worden war. Selbstverständlich konnte man auch nicht gleich allgemein der Bedeutung Bismarcks gerecht werden. Doch hat zum Beispiel der „Deutsche Volksverein" in Wien schon 1870 sich für ein enges Bundesverhältnis mit Preußen-Deutschland erklärt, weil er nur vom „engsten Bündnisse mit der großen deutschen Nation" Hilfe erwartete. Der steirische Abgeordnete Rechbauer sagte damals: „Der Krieg der deutschen Heere am Rhein wird auch für uns geführt, denn er wird geführt für die Unverletzlichlichkeit der deutschen Länder und für die Ehre des deutschen Volkes. Eingedenk sollen wir bleiben, daß jeder Schlag, welcher Deutschland trifft, auch unsere Kräfte erschüttert." Die deutschen Siege wurden daher auch in Deutschösterreich freudig begrüßt. Wenige Jahre später finden sich wieder Stimmen für den Anschluß[2]). Wie rasch die Größe Bismarcks Anerkennung fand, das hat er selbst 1879 auf seiner Reise von Gastein über Salzburg und Linz nach Wien erfahren und geschildert: „Auf der langen Fahrt von Gastein über Salzburg und Linz wurde mein Bewußtsein, daß ich mich auf rein deutschem Gebiete und unter deutscher Bevölkerung befand, durch die entgegenkommende Haltung des Publikums auf den Stationen vertieft. In Linz war die Masse so groß und ihre Stimmung so erregt, daß ich aus Besorgnis, in Wiener Kreisen Mißverständnisse zu erregen, die Vorhänge der Fenster meines Wagens vorzog, auf keine der wohlwollenden Kundgebungen reagierte und abfuhr, ohne mich gezeigt zu haben. In Wien fand ich eine ähnliche Stimmung in den Straßen, die Begrüßungen der dicht gedrängten Menge waren so zusammenhängend, daß ich, da ich in

---

[1]) Man vgl. die entschiedene Stellungnahme gegen Preußen in den Schriften K. Hrons.

[2]) Friedjung, Der Ausgleich mit Ungarn (Leipzig 1877) fordert bloße Personalunion mit Ungarn, um die Verbindung Österreichs mit Deutschland zu ermöglichen. Im folgenden Jahr tritt dann Schönerer mit seinen bekannten Ansichten hervor.

Zivil war, in die unbequeme Notwendigkeit geriet, die Fahrt zum Gasthofe so gut wie mit bloßem Kopfe zurückzulegen. Auch während der Tage, die ich in dem Gasthofe zubrachte, konnte ich mich nicht am Fenster zeigen, ohne freundliche Demonstrationen der dort Wartenden oder Vorübergehenden hervorzurufen. Diese Kundgebungen vermehrten sich, nachdem der Kaiser Franz Josef mir die Ehre erzeigt hatte, mich zu besuchen."

Und wie Bismarck, so wurde auch das Bündnis, das er damals zustande gebracht hatte, von den Deutschösterreichern stets hochgehalten. Die deutschen Kaiser erfreuten sich stets freudiger Verehrung. Bei einem Teile der Deutschösterreicher wuchs diese Zuneigung bis zu dem Grade an, daß sie zwischen weniger befreundeten, einander nicht voll vertrauenden Mächten zu Verwicklungen hätte führen können. So aber ist es gerade Bismarck gewesen, der diesen ihm zujubelnden Österreichern eindringlich ans Herz gelegt hat, die guten Beziehungen zu ihrer Dynastie zu pflegen und nichts zu unternehmen, was den Staat gefährden könnte. Man warf daher den Deutschösterreichern (schon 1870 taten es die Tschechen!) „Preußenseuchelei" vor; sie konnten aber in ihrer weit überwiegenden Mehrheit ruhig erwidern: „Wir schielen nicht, wir schauen ins große Deutsche Reich. Wir haben keinen Grund zu schielen, denn wir wollen nichts Unrechtes. Wir schauen frank und frei über die Grenzen hinüber, weil dort auch Deutsche sind." Freudige Anerkennung der Fortschritte, Stolz über die gewaltige Entwicklung des Deutschen Reiches war überall bei den Deutschen in der Donaumonarchie zu finden.

Viel tiefer und nachhaltiger hatte sich die Entfremdung im Deutschen Reiche gegenüber den Deutschen in Österreich-Ungarn eingebürgert.

Im Deutschen Reiche vergaß man, daß die Deutschen an der Donau auch Deutsche sind. Man sprach offen davon, daß 1871 alle deutschen Stämme geeinigt worden seien. Diese unglückliche, unrichtige Behauptung wurde zu einem gefährlichen Schlagworte. Man gewöhnte sich in Deutschland daran, die Deutschen der Donaumonarchie als Ausländer zu betrachten, die den Reichsdeutschen ferner standen, als die Neger in Kamerun. Man vergaß völlig des größeren Deutschland, für das Arndt, Uhland, Hoffmann von Fallersleben so warme Töne gefunden hatten. Die Geschichtsschreibung, die Preußen im Kampf gegen Österreich unterstützt hatte, unterdrückte die Gemeinsamkeitsgefühle und trug zu dieser Entfrem-

dung bei. Licht und Schatten wurden sehr ungleichmäßig verteilt, die Österreicher ins Unrecht gesetzt. Die Wirkung war umso stärker, als diese Geschichtsschreibung gewiß auch ihre hohen Verdienste und glänzenden Vertreter hatte. Ihr Einfluß war so mächtig, daß auch die Österreicher sich nicht immer das ruhige Urteil gewahrt haben. Sie scheint auch dazu beigetragen zu haben, daß die Deutschösterreicher einen Teil ihres Selbstvertrauens verloren. „Die meisten preußischen Historiker" — so urteilt Richard Bahr — „auch die bedeutendsten unter ihnen, schilderten die deutschen Geschicke zwischen 1640 und 1870/71, von dem Großen Kurfürsten bis zur Gründung des Deutschen Reichs, trotz allem Aufwand moderner Kritik und einer vielfach blendenden Darstellung im Grunde in der Art mittelalterlicher Chronisten als die gesta dei per Borussos: die weise waltende Vorsehung führt die Deutschen durch Bismarck, Brandenburg und Preußen zur Einheit. Daß die Deutschösterreicher draußen blieben, lag in Gottes Schöpferplan. Was so durch Generationen den Hirnen und doch auch den Herzen eingehämmert wurde, ist von heute zu morgen nicht auszutilgen. Die Masse lernt nie leicht um, zum Umdenken bequemt sie sich noch schwerer."[1])

Man redete sich im Deutschen Reiche förmlich ein, daß man an den Österreichern nichts verloren habe, und fühlte sich höchstens durch ihren Wettbewerb benachteiligt. Die Österreicher schienen doch recht entfernte Verwandte und der Unterstützung durch das Reich nicht wert. Über ihre wahren Verhältnisse suchte man sich gar nicht zu unterrichten. So kam es, daß zum Beispiel im Schultheßschen Geschichtskalender für 1890 den Deutschösterreichern schulmeisterliche Lehren gegeben werden, wonach sie die Behandlung durch die Tschechen eigentlich verdient hätten! Nach Böhmen eingewanderte Reichsdeutsche leisteten auf ihren Gütern und in ihren Fabriken geradezu Tschechisierungsarbeit. Ähnliche Klagen konnte man über die Reichsdeutschen in Ungarn hören. Aus Galizien

---

[1]) „Deutsche Arbeit", Juli 1919. Zu dieser Frage vgl. man auch F. Zweybrück, Österreichische Essays (Berlin 1916), S. 160, 240 ff., 276—280; H. Friedjung, Österreich 1848—1860, 1. Bd., S. 167, 174 u. 493 ff.; K. Lamprecht, Einführung in das historische Denken (Leipzig 1912), S. 41 f.; M. Lenz, Die großen Mächte (Berlin 1900), S. 19 ff. Man lese auch, wie Österreich in H. Wolf, Angewandte Geschichte (Leipzig 1910), die rasch in neun Auflagen erschienen ist, behandelt wird. Auch das weitverbeitete Werk „Deutsche Geschichte" (Leipzig 1909) von Einhart (Claß) wird den Österreichern nicht ganz gerecht. Mit Nachdruck ist gegen diese Auffassung schon K. Hron, Der deutsche Ausgleich mit dem Staate Österreich (Wien 1899) aufgetreten.

wurden Tausende von deutschen Ansiedlern durch reichsdeutsche Agenten weggelockt, und dadurch zum Teil blühende Deutschorte gefährdet[1]). Die Klage über die ablehnende Kühle der reichsdeutschen Presse war nichts seltenes. Man unterschätzte die Donaudeutschen politisch und völkisch, wußte auch nichts von ihren Verdiensten um Kultur und Fortschritt[2]). Man hatte vergessen, daß hier das Nibelungenlied entstanden, daß Walther von der Vogelweide Österreicher ist, daß Wiens Mauern die Türken aufgehalten haben, daß bei Aspern und Eßlingen Napoleons Stern zuerst erblich, daß aus Hofers Blut die Saat der Freiheitshelden aufging, ja man verkleinerte und entstellte mit Absicht diese Tatsachen[3]). Man dachte nicht daran, daß das Besondere im Charakter eines Teils der Österreicher — sie sind ja so verschiedener Abstammung und daher auch verschieden geartet — die deutsche Dichtung und Kunst gefördert hat. Aber es gibt auch ebenso unter diesen Deutschen bedeutende Gelehrte, Erfinder und Männer des praktischen Lebens. Die Deutschösterreicher waren und blieben angeblich die „Phäaken an der Donau.“ Man übersah, daß ein großer Teil der Österreicher seit Jahrzehnten im völkischen Kampf steht, der ihn stählte und geradezu zum Bekenner des Deutschtums stempelte! Das alles wurde übersehen, und so konnte es geschehen, daß in „Deutschlands Erneuerung“ im Jahre 1919 über die Deutschösterreicher in ihrer Gesamtheit das Urteil gefällt wurde, daß sie wegen ihrer Verträumtheit und Weichmütigkeit nicht die eisernen Klammern des wurmstichigen Habsburgerreiches bildeten und sich schwachmütig vom slavisch-madjarischen-italienischen Gesindel über den Haufen rennen ließen. Und dazu kommt, daß die Redaktion sich nicht für verpflichtet hielt, eine Richtigstellung dieses Urteils aufzunehmen[4]). In dieser wurde von mir unter anderem darauf verwiesen, daß doch dieselben Deutschen den Staat begründet und

---

[1]) Über dieses geradezu unverantwortliche Treiben Näheres in meiner Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, 3. Bd., S. 175 ff. Die Folgen dieses Vorgehens zeigen sich jetzt: in Landstreu vergewaltigten die 39 masurischen die 49 deutschen Familien und schenkten das deutsche Gemeindehaus dem polnischen Schulfonds.

[2]) Vgl. meine Schrift „Die Deutschen in den Donauländern. Ein Sendschreiben an Deutsche und Nichtdeutsche“, ferner besonders Müller-Guttenbrunn, Ruhmeshalle deutscher Arbeit in Österreich-Ungarn (Stuttgart 1917).

[3]) Man vgl. die Darstellung in dem verbreiteten Buche Heinrich Wolfs „Angewandte Geschichte“!

[4]) Sie ist im Februarheft der „Deutschen Revue“ erschienen.

lange erhalten hatten, und anderseits an die Schwierigkeiten erinnert, die den Reichsdeutschen die geringe Anzahl ihrer Nichtdeutschen bereitete. Man darf ruhig sagen: unter den Umständen, wie sie seit 1866 in Österreich herrschten, hätten auch andere Deutsche in gleicher Zahl, die etwa an die Stelle der Deutschösterreicher getreten wären, sich für die Dauer nicht halten können. Und wenn man vor 1866 als Grund für die Ausschließung Österreichs annahm, das deutsche Gesamtvolk würde die nichtdeutschen Teile Österreichs nicht in Schranken halten können, weshalb macht man nun dem abgesprengten Teile der Deutschen daraus einen Vorwurf? Es ist übrigens bekannt, daß in Österreich das lebendige deutsche Volksbewußtsein stärker erhalten ist als im Deutschen Reich, wo es eben mit dem Staatsbewußtsein verwechselt wird. Parteihader, der leider einen guten Teil der deutschösterreichischen Kräfte gelähmt hat, ist leider gemeindeutsches Erbübel[1]). Viel hat wohl auch zum ablehnenden Urteil der Reichsdeutschen über Österreich und damit auch über die Deutschösterreicher die Herabsetzung und Verneinung Österreichs beigetragen, die bei einem Teile der Deutschösterreicher (zuerst im Kampf gegen den Absolutismus, dann gegen die slavenfreundliche Regierung) üblich war, ferner die Agitation der Nichtdeutschen gegen die Monarchie und in jüngster Zeit besonders auch noch die sozialdemokratische Parteipolitik, die an dem alten Staate nichts gutes läßt.

So kam es, daß die Reichsdeutschen, bis auf die engen Kreise um den „Verein für das Deutschtum im Ausland" (Berliner Schulverein) und den „Alldeutschen Verband", für Deutschösterreichs Not kein Verständnis hatten, daß unsere Truppen auch während des Weltkrieges kühl nebeneinander standen, daß in Deutschland nach dem Zusammenbruch für die Anschlußfrage keine allgemeine Begeisterung vorhanden war. Darüber äußert sich der bekannte Leipziger Professor Gerhard Seeliger in einer am 16. Februar 1919 in Leipzig gehaltenen Ansprache[2]): „In Reichsdeutschland aber herrscht, wie wir offen bekennen müssen, eine erstaunliche Gleichgültigkeit, ein fast völliges Unverständnis für die hohe Bedeutung, die der Frage des österreichischen Anschlusses tatsächlich zukommt.

---

[1]) Vgl. A. Dumreicher, Südostdeutsche Betrachtungen (1893). Ferner die verschiedenen in diesen Blättern genannten Schriften von Ullmann und Sieger Von letzterem auch noch „Vom heutigen Deutschösterreich", Flugschriften des Dürerbundes, Nr. 116 (München 1917).

[2]) Deutschösterreichs Anschluß (Dresden 1919).

Es liegt wie eine Lähmung auf unserem nationalen Bewußtsein. Wir nehmen es ohne sichtbare Erregung hin, daß die Polen, Tschechen und Italiener weite kerndeutsche Gebiete besetzen. Wir scheinen es nicht zu bemerken, daß Millionen unseres Stammes uns politisch entrissen und einer planvollen völkischen Entfremdung preisgegeben werden. Wir bleiben kühl bei der Frage, ob die 10½ Millionen Deutschösterreicher uns zugewendet werden. Schon nach der zahlenmäßigen Seite droht ein Verlust von überwältigender Bedeutung. Aber es steht noch viel, viel mehr auf dem Spiel als das. Es handelt sich um unsere Zukunft selbst. Niemand im Reich scheint es zu ahnen, daß die Möglichkeit einer Erhebung Deutschlands aus dem tiefen Fall der Gegenwart in Wahrheit von dem Anschluß Deutschösterreichs abhängt. Wir wollen uns dessen bewußt werden: man will Stück für Stück vom deutschen Körper reißen und den Rest des deutschen Gebiets und Volks zu jedem neuen Aufstieg unfähig machen.

Das deutsche Volk muß aus der Lethargie erweckt, es muß ihm vor Augen gestellt werden: eine dauernde politische Entfremdung Deutschösterreichs bringt größte Gefahren, eine feste organische Verbindung dagegen begründet eine große Zukunftshoffnung auch für uns."

Ähnliches berichtet Richard Bahr in der „Deutschen Arbeit" (Juli 1919): „Aber das alles blieben doch (oft genug den Unlustigen und Lässigen abgetrotzte) Gelegenheitsbekenntnisse. Der Verstand redete zur Not ein Wort, das Gefühl fast nie. Die Grundstimmung fehlte, das hinreißende, bei allen anderen Völkern natürliche Empfinden, daß Stammesgenossen nicht aufhörten, Stammesgenossen zu sein, weil zufällige geschichtliche Grenzen sie einmal auseinandergerissen hatten. Die rund drei Menschenalter ausgesprochen kleindeutscher Entwicklung sind — ich komme immer wieder darauf zurück — nicht, ohne tiefe Spuren zu graben, an den im Reich Zusammengeschlossenen vorübergezogen." . . . „Die Frage der deutschen Einheit, der wirklichen und lückenlosen versteht sich, ließ die überwiegende Mehrheit unendlich kalt. Immer noch, bis an den Hals steckte sie in den alten, hundertfach widerlegten Bedenken: der Widerstand in Wien und der Zustrom katholischer Wähler. Und dann stets von neuem die superkluge, die Verneinung schon einschließende Frage: ob der Anschluß denn auch dem verarmten und verkümmerten Deutschland wirtschaftlich nützen werde? Selbst St. Germain wurde zumeist nur als unbeträchtlicher

Nebenkriegsschauplatz empfunden. Daß hier genau so wie in Versailles über das deutsche Schicksal entschieden wurde, ging dem Großteil der Reichsbürger nicht auf."

Und diese Stimmung scheint sich in den folgenden Monaten um nichts gebessert zu haben! So hält sich ein Artikelschreiber im Februarheft 1920 einer angesehenen Zeitschrift darüber auf, daß im „unklaren Gefühlsdrang" in die Reichsverfassung der Artikel 61, Abs. 2 (Beteiligung Deutschösterreichs im deutschen Reichstag) aufgenommen wurde und daß die Reichsdeutschen ihre ruhmesbedeckte Flagge Schwarz-Weiß-Rot in das vom künstlerischen Standpunkt so unschöne Schwarz-Rot-Gold mit Rücksicht auf die deutschösterreichischen Brüder geändert haben, ehe man wußte, daß diese zu uns kommen dürfen[1]. Man wird eine solche Zurückhaltung aber bei einem Manne begreiflich finden, der einige Zeilen früher schreibt, daß die Reichsdeutschen „in einem verschwommenen Gefühl" „der Theaterphrase von der Nibelungentreue zujubelten, die, von einem schlauen Partner ausgebeutet, uns in unser furchtbares Elend gestürzt hat." Man sieht, wie die Vorwürfe gegen das alte Österreich auch noch über sein Grab hinaus den Deutschösterreichern Schaden antun.

So leiden die Deutschösterreicher noch immer darunter, daß gegen ihren Willen ihr Staat aus Deutschland ausgeschlossen wurde. Sie konnten früher nicht zum gemeinsamen Vaterland zurückkehren, weil sie die Donaumonarchie im Interesse Deutschlands zusammenzuhalten hatten. Und nach dem Zerfalle dieses Staates verbietet ihnen der Vielverband den Anschluß, um Deutschland nicht zu stärken. In derselben Absicht wurden die Deutschösterreicher zerrissen, ein Teil den Tschechen, ein anderer den Südslaven, ein dritter den Italienern ausgeliefert, andere Deutsche wieder wurden dem Machtbereich der Madjaren, Polen und Rumänen überlassen.

Im Deutschen Reich selbst bringt man aber den seit 1866 so vielgeprüften und geschädigten Volksgenossen eine sehr beschränkte Teilnahme entgegen und spricht von Opfern für sie, die selbst ein Opfer der kleindeutschen Politik sind.

---

[1]) Der Artikelschreiber weiß übrigens nicht, daß viele Deutsche außerhalb des Deutschen Reiches es durchaus nicht billigen, daß die Volksfarbe Schwarz-Rot-Gold zur Reichsfarbe gewählt wurde. Das gibt den mißgünstigen Regierungen neuen Anlaß, die Volksfarbe, für deren Anerkennung wir jahrzehntelang gekämpft haben, wieder zu verfolgen.

Jetzt, da nach dem Zusammenbruch Österreichs keinen Deutschösterreicher mehr die alten Rücksichten auf seinen Staat und die Notwendigkeit seiner Erhaltung auch im deutschen Interesse binden, da sich alle ins Vaterhaus zurücksehnen, aus dem sie niemals hinaus wollten, jetzt, da diese Rückkehr ihre Rettung ist, — kommen diese schweren Vorwürfe!

Welche Gefühle dies vor allem bei jenen Ostdeutschen hervorrufen muß, die jahrzehntelang in schwerem Kampfe standen und die deutschen Vorposten bildeten, allein von der Hoffnung getragen, daß bei geänderten Zeitverhältnissen das deutsche Volk sich seiner Pflicht und seines Vorteils voll bewußt werden wird, ist klar.

Gewiß — und das soll mit Dank anerkannt werden — gab und gibt es Reichsdeutsche, die einen weiteren Blick und ein wärmeres Herz haben. Als sich schon zehn Jahre nach 1866 die niederschmetternde Wirkung der Abstoßung der Donaudeutschen von Deutschland zeigte, da fanden sich nicht nur einzelne reichsdeutsche Vorkämpfer für deren unterdrückte Rechte, sondern es entstand auch nach der Gründung des „Wiener Schulvereines" der Schulverein in Berlin (jetzt „Verein für das Deutschtum im Ausland"). Er und später der „Alldeutsche Verband" brachten der Not der Donaudeutschen Verständnis entgegen. Allerdings war ihre Tätigkeit vielfach gehemmt, weil man ihre Bestrebungen für wesensgleich mit den alldeutschen Zielen Schönerers hielt. Das war freilich unrichtig. Weder der Schulverein noch der „Alldeutsche Verband" erstrebten die politische Einigung, sondern die Erstarkung des Bewußtseins der nationalen Zusammengehörigkeit. Der Vorsitzende Claß des Alldeutschen Verbandes erklärte 1909, sein Losungswort sei Hohenzollern u n d Habsburg. Das einmal hervorgerufene Mißtrauen gegen die nationale Bewegung blieb aber bestehen, und das Schlagwort „Alldeutschtum" (Pangermanismus) blieb ein willkommener Vorwand zur Verdächtigung der deutschvölkischen Arbeit.

Mit Dank mußte man ferner feststellen, daß, als nach 1908 mißgünstige Äußerungen im Deutschen Reiche gegen Österreich und die Österreicher losgingen, sich dort auch Stimmen fanden, die zur Einkehr mahnten. Lange haben die Deutschösterreicher keine liebreichere Charakteristik gefunden als die von Hermann Oncken in der „Deutschen Rundschau" (April 1911), die mit den Worten beginnt: „In diesem Österreichertum, fruchtbar und reich auf allen Gebieten, enthüllt sich eine Art deutschen Volkstums, die in der

Tiefe mit dem unseren eines ist." Hierher gehören auch Äußerungen von Schüßler, Lochmüller, Markell und anderen, die kurz vor dem Kriege fielen[1]). Ein willkommenes Zeichen des erwachten Interesses war in dieser Zeit die stärkere Teilnahme an der deutschen Schutzarbeit in Österreich-Ungarn, die Beschickung der völkischen Tagungen, ferner während des Krieges die Teilnahme an der Fürsorgearbeit für die durch den Krieg geschädigten Volksgenossen und dergleichen mehr. Und als die Donaumonarchie zusamenbrach und die Anschlußfrage zur Erörterung kam, da zeigte sich wieder neben der alten Kühle doch auch liebevolles Verständnis, freilich wohl wieder nur in den alldeutschen Kreisen. Doch wie weit steht diese deutsche Anteilnahme an den Ostdeutschen und ihrem Schicksal hinter jener Teilnahme zurück, die die slavischen und romanischen Völker der Donaumonarchie bei ihren konnationalen und fremdnationalen Gönnern fanden! Ihr Selbstbewußtsein erfuhr dadurch eine Stärkung, unseres wurde erschüttert. Sie sind in ihren Bestrebungen, sei es auch durch gefälschte Heldenlieder und Afterwissenschaft, gefördert worden, unser geschichtliches Bewußtsein ist durch Entstellung und Verschleierung unserer ruhmreichen Vergangenheit verdüstert und vernichtet worden. Das ist das Geheimnis ihrer Erfolge und unserer Niederlage. Sie gründen neue Staaten, unser altehrwürdiger geht derart in Trümmer, daß selbst die deutschösterreichen Länder auseinanderzufallen drohen.

VIII

Zusammenfassung der Ergebnisse. Pflege der wirtschaftlichen und völkischen Beziehungen. Rückkehr zum großdeutschen Programm von 1848/49

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß unser Unglück die Folge des Scheiterns des großdeutschen Gedanken ist. Das Deutsche Reich und Österreich sind dadurch schwer geschädigt worden. Der Weltkrieg und unsere Niederlage sind natürliche Folgen der Entwicklung seit 1866. Wir haben uns in einer Zeit, da die anderen Nationen mit aller Kraft zur Einheit strebten, gespalten, haben

[1]) Vgl. mein „Deutsche Siedlung im Osten".

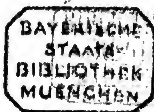
Mißtrauen und Neid zwischen uns gesät, und sind dafür jetzt von unseren Gegnern verurteilt, uns nicht vereinigen zu dürfen. Aber gerade damit zeigen sie uns, was wir zu tun haben, und wir werden hoffentlich nicht wie 1848—1866 blind sein. Wir haben in der Vergangenheit schwer gefehlt und dafür auch schwer gebüßt.

Doch die Zukunft gehört noch uns! Inzwischen muß die uns versagte staatsrechtliche Verbindung mit dem Deutschen Reiche durch die engsten, wirtschaftlichen und völkischen Beziehungen ersetzt werden. Was unsere Schutzvereinsbewegung angestrebt hat, aber im weitesten Umfange und unter regster Teilnahme aller Kreise und Teile des deutschen Volkes, muß sich erfüllen! Es muß ein Volk von Brüdern entstehen, verbunden durch gleiche Wirtschaftsinteressen, durch gleiche Einrichtungen, durch Gegenseitigkeit auf allen Gebieten. Einrichtungen, wie die Tagungen der Karpathendeutschen, die vor dem Kriege alljährlich Deutsche von den Donaumündungen bis nach Norddeutschland vereinigten, müssen dazu dienen, uns durch persönlichen Umgang kennen zu lernen. Dann wird jene Entfremdung, jenes Unverständnis wieder schwinden, das Norddeutsche von Süddeutschen, Reichsdeutsche von Donaudeutschen, ja einzelne Teile dieser und jener voneinander scheidet und trennt. Dann werden sich wieder überall Anknüpfungspunkte finden, idealere völkische Empfindungen wieder lebendig werden. Wir werden wieder zu einem Volk zusammenwachsen trotz der bestehenden politischen Grenzen. Dazu ist es aber auch nötig, daß wir alle ein großes, gemeinsames Ziel haben. Ganz Deutschland muß sich wieder dem Osten zuwenden. An die Stelle des kleindeutschen, industriellen Imperialismus muß die auf völkischer Grundlage aufgebaute mitteleuropäische Interessengemeinschaft und eine Wiederbelebung des deutschen Kolonisationswillens im subgermanischen Europa treten[1]). Mit der Abstoßung Österreichs hat das deutsche Volk diesen Weg verloren; seine Wiedergewinnung und der Zusammenschluß sind auf einander angewiesen. Das muß also unser nächstes Streben sein. Unser Zukunftsziel haben uns aber die Großdeutschen 1848/49 gewiesen: Zusammenfassung Deutschlands, zu dem Deutschösterreich stets gehört hat; dann ein weiteres

[1]) Außer meinen zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen, ferner den Denkschriften „Deutsche Siedlung im Osten" und „Die Deutschen in den Donauländern" besonders H. Ullmann, Die Bestimmung der Deutschen in Mitteleuropa (Tatflugschriften, Nr. 11, Jena 1915). F. Jesser, Deutscher Imperialismus und mitteleuropäische Interessengemeinschaft. Flugschriften der „Deutsche Arbeit" (Prag 1915).

Bündnis nach Südosten, soweit es möglich wird, und die Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes zum Wohle aller Beteiligten. Die Westmächte dürfen und können uns für die Dauer daran nicht hindern. Ein Volk wie das deutsche muß ein weites Arbeitsgebiet haben. Soll wegen der Übersee nicht wieder einmal ein Weltkrieg entbrennen, dann muß die Betätigung der Deutschen im Osten möglich sein.

Die föderalistische Verfassung, wie sie die Großdeutschen 1848/49 entwickelt haben[1]), bietet die Möglichkeit, nicht nur das ganze Deutschland zusammenzufassen, sondern ermöglicht auch unseren Nachbarn im Südosten, sich uns anzuschließen. Gewiß müssen sie sich erst überzeugen, daß sie sich frei entwickeln können und daß der Anschluß ihnen Ruhe, Sicherheit und wirtschaftliche Vorteile bringt. In diesem Sinne hat der serbische König Milan und sein Kreis schon vor Jahrzehnten den Anschluß der Balkanstaaten an Österreich für durchführbar gehalten und so Bismarcks Anschauungen darüber bestätigt[2]). Die Erkenntnis, daß alle diese Gebiete wirtschaftlich auf einander angewiesen sind, daß nur alle zusammengeschlossen neben den mächtigen Nationalstaaten eine Rolle spielen können, muß durchdringen. Ebenso muß es den Deutschen klar werden, daß sie diese Völker für ihren Bund gewinnen müssen, um sie nicht anderen Kreisen zufallen zu lassen. Unser großdeutsches Zukunftsziel muß also sein: Anschluß an Deutschland und Donauföderation. Deutschösterreich fällt die wichtige Aufgabe des Bindegliedes zu.



[1]) Vgl. mein „Böhmen" S. 57 f., ferner meinen leider verstümmelten Aufsatz „Österreich als Bundesstaat" (Österr. Rundschau, 15. Juli 1920).

[2]) Vgl. W. Georgewitsch, Die serbische Frage (Stuttgart 1909), S. 130 u. 147.

Inhalt



Das Nationalitätenproblem
auf dem Reichstag zu Kremsier 1848/49

Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalitäten in Österreich

Von Dr. Paula Geist-Lányi

Geheftet M. 18.—, gebunden M. 22.—

Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalitäten ist diese Arbeit, die ein Licht auf die nationalen Wirren werfen will, jene ersten Vorboten gänzlichen Auseinanderfallens, die schon im Jahre 1848 die Grundfesten der alten Donaumonarchie erschütterten. Die Darstellung ist impulsiv und frisch und formt den Stoff zu interessanter Lektüre: die Kapitel lesen sich wie Berichte eines Augenzeugen. Für das Verständnis der nationalen Verhältnisse und Verwicklungen im alten Österreich ist dieses Werk von größter Bedeutung.

*

Czernin und die Sixtus-Affäre

Von August Demblin, Legationsrat i. R.

Geheftet M. 5.50

„Neues Wiener Tageblatt", Wien: „In eingehender Weise behandelt der Autor jede Phase des Sixtusbriefes und erzählt, wie Czernin vom Kaiser in der ganzen Affäre irregeführt und unrichtig unterrichtet worden sei." — „Vossische Zeitung", Berlin: „Graf Demblins Broschüre läßt in wirksamster Steigerung die traurigen, beschämenden Ereignisse abrollen, die den inneren Zusammenhalt des Wien-Berliner Bündnisses sprengten und so den schließlichen Zusammenbruch herbeiführten. Es ist die Geschichte einer gigantischen Treulosigkeit, die jetzt in allen Einzelheiten bloßgelegt wird."

*

Oesterreichische Rundschau

Eine Warte für mitteleuropäische Kultur und Wirtschaft

Halbmonatsschrift für Politik, Wirtschaftspolitik und allgemeine Kulturfragen

Herausgegeben von Dr. Felix Oppenheimer

Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Vierteljährlich (6 Hefte) 12 Mark

Die seit einer Reihe von Jahren in Wien erscheinende und als ernste Revue bestbekannte Oesterreichische Rundschau hat ihr Programm in der Weise ausgebaut, daß sie nunmehr neben der objektiven, keinerlei Parteiinteressen dienenden Behandlung spezifisch österreichischer Fragen in möglichst hohem Maße die Pflege der geistigen und kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland fördern und hüben und drüben das Verständnis für die beiderseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme vertiefen will. Zu diesem Zweck hat die Oesterreische Rundschau neuerdings auch erprobte deutsche Schriftsteller und Gelehrte in den Kreis ihrer Mitarbeiter einbezogen.

Drei Masken Verlag München



Entwurf und Druck: Werkstatt für neue Werbekunst, München, Nymphenburgerstr. 59

18



